

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 11

10. bis 16.03.2025

TIROL

THEMA
DES TAGES

tiroler@kronenzeitung.at

DARUM MACHEN WIR ES ZUM THEMA

Die Mitgliedschaft in der Tiroler Wirtschaftskammer ist für die Betriebe Pflicht. Der Gang zur Wahlurne alle fünf Jahre ist freiwillig. Wer tritt am 12. und 13. März an und wie verlief die letzte Wahl? Wir geben die Antworten.

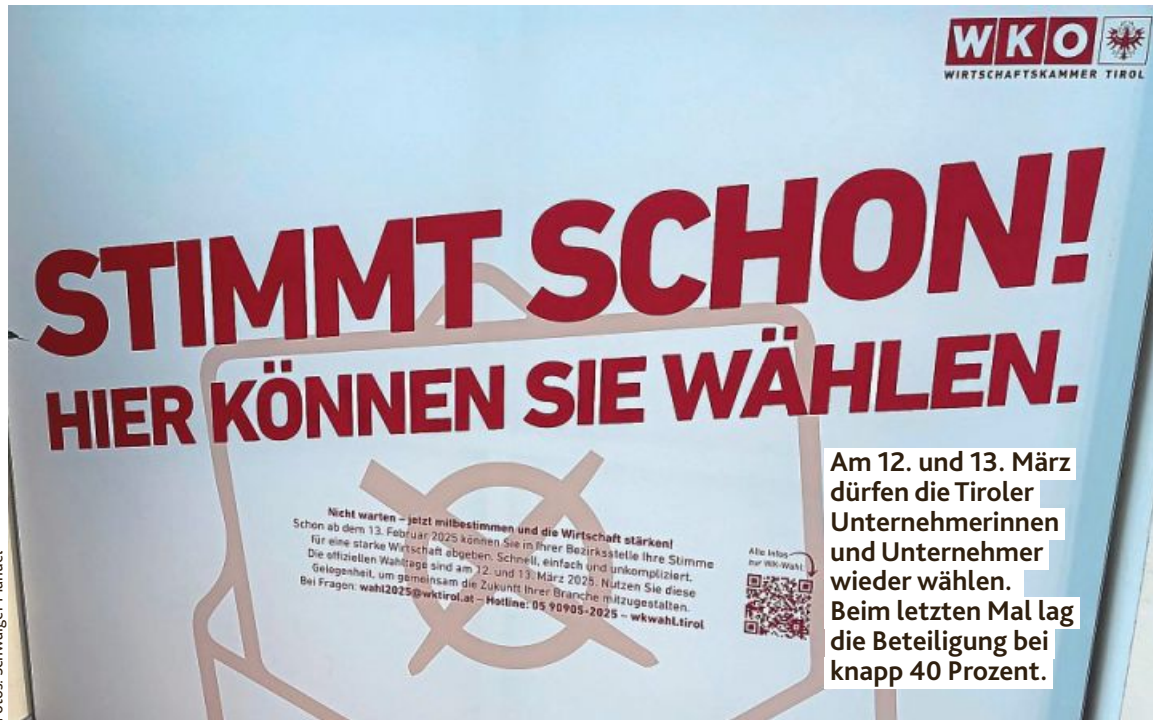
Tirols Unternehmer schreiten

Alle fünf Jahre wird neu gewählt. 2020 machten nur knapp 40 Prozent der Unternehmer vom Stimmrecht Gebrauch. Ergebnis am Freitag.

Zur Urne gerufen sind bei der Wirtschaftskammer-Wahl in dieser Woche am Mittwoch und Donnerstag Tirols Unternehmerinnen und Unternehmer. Mittels Briefwahl kann bereits seit geraumer Zeit gewählt werden. Die Auswahl an Listen ist so groß wie noch nie zuvor (siehe Bericht unten). Die „Tiroler Krone“ liefert die wichtigsten Fragen und Antworten:

► Was wird gewählt?

Die Unternehmer wählen ihre Vertreter in jenen Fachgruppen, in denen sie Mitglied sind. Gewählt werden keine Personen, sondern wahlwerbende Gruppen. Derzeit gibt es im Wirtschaftsparlament insgesamt sechs Wählergruppen. Der Wähler kann auf dem



WKO
WIRTSCHAFTSKAMMER TIROL

STIMMT SCHON!
HIER KÖNNEN SIE WÄHLEN.

Nicht warten – jetzt mitbestimmen und die Wirtschaft stärken!
Schon ab dem 13. Februar 2025 können Sie in Ihrer Bezirksstelle Ihre Stimme für eine starke Wirtschaft abgeben. Schnell, einfach und unkompliziert.
Die offiziellen Wahltermine sind am 12. und 13. März 2025. Nutzen Sie diese Gelegenheit, um gemeinsam die Zukunft Ihrer Branche mitzugestalten.
Bei Fragen: wahl2025@wktiroel.at – Hotline: 05 90905-2025 – wkwahl.tirol

Alle Infos zur Wahl

Am 12. und 13. März dürfen die Tiroler Unternehmerinnen und Unternehmer wieder wählen. Beim letzten Mal lag die Beteiligung bei knapp 40 Prozent.

Fotos: Schwaiger Manuel

Stimmzettel den Namen eines Bewerbers eintragen und ihm eine Vorzugsstimme geben. Diese Wahl nennt sich „Urwahl“. Gemäß dem Mandatsergebnis der Urwahl werden die Mitglieder der Fachverbandsausschüsse, Spartenkonferenzen sowie das Präsidium, Erwei-

tertes Präsidium und Wirtschaftsparlament durch indirekte Wahlen bestimmt.

► Wer darf wählen?

Alle Mitglieder von Fachgruppen oder Fachvertretungen. Jedes Mitglied hat je Mitgliedschaft in einer Fachgruppe ein Wahlrecht. Einzelunternehmer wählen

persönlich. Kein Wahlrecht besteht, wenn die Mitgliedschaft eines Unternehmens per 25. November 2024 ruhend gemeldet ist.

► Warum soll man wählen?

Die Wirtschaftskammer vertritt die Interessen der Betriebe gegenüber Landes- und Bundesregierung und

Noch sind im Wirtschaftsparlament der Tiroler Wirtschaftskammer folgende Wählergruppen vertreten: Wirtschaftsbund Tirol, Grüne Wirtschaft, Freiheitliche Wirtschaft, Fachliste der Tiroler Industrie, Tiroler Wirtschaft im Bereich der Banken und Versicherungen und UNOS. Stärkste Kraft ist der Wirtschaftsband mit WK-Präsidentin Barbara Thaler. Unter

ihrem Vorgänger Christoph Walser erzielte dieser 79,81 Prozent. Der Wirtschaftsband ist auch die einzige

Liste, die in allen 71 Fachgruppen antritt. Rund 80 Prozent der Funktionen sind fest in den Händen der

ÖVP. Indes steht die FPÖ-nahe Freiheitliche Wirtschaft in 56 Fachgruppen auf dem Wahlzettel zur Aus-

Qual der Wahl – so viele Listen wie nie zuvor wollen es schaffen

Die „Tiroler Krone“ blätterte durch und zählte 14 antretende Listen.

Kann der Wirtschaftsband seine Vormachtstellung weiterhin halten?

40

PROZENT

betrug die Wahlbeteiligung bei der Wahl im Jahr 2020, wenn man rundet. Exakt lag sie bei 39,51 Prozent. Im Vergleich zur vorherigen Wahl 2015 eine leichte Steigerung.

BARBARA THALER ERSTE FRAU AN DER SPITZE

Wegen Ermittlungen gegen den Ex-Präsidenten der Tiroler WK, Christoph Walser, folgte ihm Barbara Thaler im Amt nach. Sie ist in Tirol die erste Frau an der Spitze dieser Interessenvertretung. So gut wie fix ist, dass sie es auch weiterhin bleibt.

nun zur Wahl ihrer Vertretung



Wahlberechtigt waren 46.761 Unternehmer, die über 62.418 Wahlrechte verfügten. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,51 Prozent. Zum Vergleich: 2015 schritten 34,95 Prozent zur Urne. Auf Platz eins landete der ÖVP-Wirtschaftsbund mit 79,81 Prozent, Platz zwei ging an die Grüne Wirtschaft, die 7,45 Prozent bekam. Den dritten Platz belegte die Freiheitliche Wirtschaft mit 6,59 Prozent der Stimmen.

Gewerbe und Handwerk ist die stärkste Sparte

➤ Wie viele Unternehmen entscheiden heuer mit?

Wie die „Krone“ vor geraumer Zeit berichtete, gibt es mit Stand Ende 2024 exakt 52.161 aktive Unternehmen. Die Anzahl der Kammermitglieder beläuft sich indes auf 59.690. Noch mehr sind es bei den Sparten, die insgesamt 63.245 aktive Mitglieder zählen. Die drei stärksten Sparten sind das Gewerbe und Handwerk (38,2 Prozent), der Handel (21,6 Prozent) sowie der Tourismus mit 16,8 Prozent Anteil.

Manuel Schwaiger

den Sozialpartnern. Je mehr Unternehmer zur Wahl gehen und so hinter ihr stehen, desto stärker ihre Position.

➤ Wo wird gewählt?

An den beiden Wahltagen sind alle Wahllokale – insgesamt gibt es 97 – von 7.30 bis 19 Uhr geöffnet. Zwar sind die Wähler einem

Wahllokal zugeordnet, die Stimme kann aber in jedem beliebigen Wahllokal in Tirol abgegeben werden.

➤ Wann ist mit dem Wahlergebnis zu rechnen?

Schon am Freitag, dem 14. März, gibt es ein vorläufiges Ergebnis. Im Rahmen einer Pressekonferenz vo-

raussichtlich am Nachmittag wird dieses offiziell bekannt gegeben.

➤ Wie oft finden diese Wahlen eigentlich statt?

Alle fünf Jahre werden in der Wirtschaftskammer die Funktionäre gewählt.

➤ Wie sind die Wahlen im Jahr 2020 ausgefallen?

wahl. Ebenfalls dem Wirtschaftsbund einige Prozente abluchsen möchte die Grüne Wirtschaft.

Die Liste Fritz möchte es zum ersten Mal wissen

Spannend wird sein, wie die Liste Fritz – bekannt aus dem Tiroler Landtag – abschneiden wird. Sie tritt heuer erstmals in ihrer Parteiliste unter dem Namen „Liste Fritz. Für buntes

Wirtschaften“ in zehn Fachgruppen an. „Statt am Rand zu stehen und zu jammern, wollen wir Verantwortung übernehmen“, sagen sie. Die UNOS, ein Ableger der pinken Neos, treten hierzulande mit gleich 61 Kandidaten in 21 Fachgruppen an.

Insgesamt stehen Mittwoch und Donnerstag 14 Listen zur Wahl – so viele wie nie zuvor. Neben den bisher genannten sind es:

- SWV – Wirtschaftsverband Tirol
- WIAR – Wirtschafts- und Arbeitsförderungsverein
- Starke Hände – Starke Stimme
- Team Energetiker Tirol
- Tiroler Markt-, Straßen- und Wanderhandel
- M³ – Mobil. Modern. Menschlich.
- Liste Hasan Duran

Die Positionen der einzelnen Listen vorzustellen,

würde den Rahmen sprengen. Unisono geht es ihnen allen vor allem darum, „die Allmacht des Wirtschaftsbundes zu stoppen“. Wie auch immer die Wahl ausgehen wird: Für die Wirtschaft sind es nach der Coronapandemie, dem anhaltenden Krieg in der Ukraine sowie dem nunmehr begonnenen Handelskrieg durch US-Präsident Donald Trump düstere Zeiten. M. Schwaiger

34

PROZENT

mehr Geschlechtskrankheiten gab es in Tirol im Vergleich zum Vorjahr. Fachleute sehen mangelnde Aufklärung als Grund dafür. Sexuallerziehung ist daher notwendig.

”

Irgendwo kommt die Sexualität immer hoch. Und wenn man sich nicht mit ihr befasst, dann vielleicht an der falschen Stelle. Unterdrückte Sexualität kann im Diffusen gedeihen und sich durch Wut oder Aggression äußern.

Nora Kropf,
Zentrum für sexuelle Gesundheit

Foto: Johanna Birbaumer



informiert und unvorbereitet vom ersten Samenerguss, von der ersten Regelblutung überrascht zu werden, kann Scham und Minderwertigkeitsgefühle auslösen.“ Die Gründe für das Vermeiden der aktiven Aufklärung liegen oft in der Angst, unerfüllbare Bedürfnisse und Sehnsüchte zu wecken.

Besonders häufig Opfer von sexueller Gewalt

In den Workshops spricht Kropf mit den Jugendlichen offen über das Thema. Zum Sexualkundeunterricht gehört auch das Sprechen über Gefühle oder über den Körper. Für Menschen mit Behinderung ist es besonders wichtig, eine Sprache für Sexualität zu finden. Das hat einen traurigen Grund: „Frauen mit einer geistigen Beeinträchtigung sind besonders vulnerabel und werden leider viel zu oft Opfer sexueller Gewalt.“ In den Workshops lernt man daher auch, wie man sich wehren kann – wenn man zum Beispiel in einem öffentlichen Verkehrsmittel gegen seinen Willen angefasst wird.

Vor diesem Hintergrund sei es zu begrüßen, dass auch sonderpädagogische Schulen und Betreuungs-

einrichtungen für behinderte bzw. benachteiligte Jugendliche im abgelaufenen Jahr wieder Präventionsangebote vom Zentrum für sexuelle Gesundheit in Anspruch genommen haben.

Als sexueller Mensch akzeptiert werden

Die Workshops dauern meist zwei Stunden. Im Durchschnitt sind die Schülerinnen und Schüler um die 14 Jahre alt. Wobei sich die Jugendlichen in ihrer Entwicklung teils stark unterscheiden, auf diese Unterschiede nimmt man in der Gruppenbildung aber Rücksicht. Am Anfang ist der Beziehungsaufbau wichtig, da geht es darum, sich kennenzulernen, wie Kropf aus ihrer Erfahrung berichtet. Die Workshops finden in leichter Sprache statt – mit einfühlsamen, interaktiven, spielerischen Übungen. Die Fragen der Jugendlichen können von „Wie mache ich ein Mädchen/einen Jungen auf mich aufmerksam?“ bis zu Fragen zum eigenen Körper reichen. „Als ganzer, auch sexueller Mensch akzeptiert zu werden, verleiht Selbstwirksamkeit und auch Selbstvertrauen.“ Nadine Isser

SEXUALITÄT IST GUT FÜR DIE GESUNDHEIT

Der Tiroler Monitoringausschuss betont, dass Sexualität zur Gesundheit beiträgt. Begrüßt wird auch die Gesetzesänderung, womit die Ausübung von sexuellen Dienstleistungen für volljährige Menschen mit Behinderung möglich gemacht wurde.

Mehr Angebote in Sonderschulen

Das Land Tirol will an den Bund herantreten. Für die Grünen zu wenig.

”

Wir fordern eine gezielte Stärkung der sexuellen Bildung an Sonderschulen, um Selbstbestimmung, Schutz vor Übergriffen und ein gesundes Verständnis von Sexualität zu ermöglichen.

LA Zeliha Arslan
(Grüne)



Foto: Christof Birbaumer

Wie steht es um die Sexuallerziehung an Sonderschulen in Tirol? Die Grünen fordern mittels Antrag im Landtag eine Stelle für sexuelle Bildung. Insbesondere für den Schutz vor Missbrauch (siehe Artikel links). Um die Situation in Tirol bestmöglich einschätzen zu können, wurde auch ein Bericht vom Dachverband der Organisationen für Menschen mit Behinderungen (argesodit) eingeholt. Darin liest man, dass die Sexuallerziehung in Sonderschulen bereits – wie im Lehrplan verankert – erfolgt. In der fachlichen Einschätzung des slw Schulvereins, Schulerhalter der Schule des Elisabethums in Axams (Sonderschule) und der Fröhlich-Schule in Fügen (Sondererziehungsschule) heißt es: „Die speziellen Settings an Sonderschulen begünstigen die differenzierte Umsetzung, bei der unterschiedliche Entwicklungsebenen und Bedürfnisse gut berücksichtigt und aktuelle Themen der Schülerinnen und Schüler aufgegriffen werden.“ Die einen sehen die Sexuallerziehung also gut aufgestellt – die anderen orten Nachholbedarf.

Selbstbestimmung und Schutz vor Übergriffen

Im Land wurde der Grünen-Antrag gegen die Stimmen der Liste Fritz, der Grünen und der Neos abgeändert. Das Land solle

im abgeänderten Antrag an den Bund herantreten mit dem Anliegen, ein Augenmerk auf die Sexuallerziehung in Sonderschulen zu legen. Den Grünen ist das zu wenig: „Unser Ziel ist es, für Lehrkräfte und Fachpersonal Angebote zu schaffen, aber besonders für die Schülerinnen und Schüler. Nur so können wir sicherstellen, dass alle jungen Menschen über ihre Rechte, ihren Körper und Themen wie Beziehungen, Einvernehmlichkeit und sexuelle Selbstbestimmung gut informiert sind. Wir fordern daher eine gezielte Stärkung der sexuellen Bildung an Sonderschulen, um jungen Menschen Selbstbestimmung, Schutz vor Übergriffen und ein gesundes Verständnis von Sexualität und dem eigenen Körper zu ermöglichen“, betont dazu LA Zeliha Arslan (Grüne). nais



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR TIROL



Reichs Rekorde

Der Spar-Boss freut sich über kräftiges Wachstum. **Seite 18**

Wieder Ruhe am Landestheater?

Intendantin Irene Girking und Direktor Markus Lutz im TT-Interview. **Seite 13**



Freitag, 14. März 2025 80. Jahrgang | Nummer 72

Preis € 2,50

Die Sterne tanzen wieder

Wien – Die ORF-Sendung „Dancing Stars“ startet heute Abend in ihre 16. Staffel. Die Tanzpaare bereiten sich schon seit Wochen auf ihre Auftritte im Quotenhit vor. Der Tirol-Bezug ist heuer besonders groß. Mirjam Weichselbraun und Andi Knoll moderieren, mit der Influencerin Anna Strigl und ihrem Partner Herby Stanonik gibt es ein Tiroler Tanzpaar. Ein Interview mit beiden lesen Sie auf www.tt.com. Auch die einstige Politikerin Eva Glawischnig, der Schauspieler Aaron Karl und Ex-Tennistar Stefan Koubek nehmen bei „Dancing Stars“ teil. (TT)



Zwei Tiroler im ORF-Ballroom: Anna Strigl und Herby Stanonik wollen „Dancing Stars“ werden.

Fotos: ORF/Hans Leitner, Rita Falk, Axel Springer

Putins Antwort: Ja, aber

Der Kreml will über die Bedingungen für eine Waffenruhe verhandeln.

Moskau – Nach zwei Tagen Bedenkzeit hat sich Kremlchef Wladimir Putin am Donnerstag grundsätzlich positiv zu einer möglichen Waffenruhe in der Ukraine geäußert. Er forderte aber zugleich, dass die Waffenruhe zu einem dauerhaften Frieden führen und die Ursachen des Konflikts beseitigen müsse. Das wurde so verstanden, dass Russland weiterhin darauf besteht, seine Kriegsziele zu erreichen – nur eben auf dem Verhandlungsweg. Offene Fragen sollten mit den USA verhandelt werden – „vielleicht in einem Telefonat mit Präsident (Donald) Trump“, erklärte Putin.

Die USA und die Ukraine hatten am Dienstag gemeinsam eine 30-tägige Waffenruhe vorgeschlagen. Nach Putins Antwort dürfte nun ein intensiver Verhandlungsprozess beginnen. Der Kremlchef wollte noch am Donnerstagabend den US-Sondergesandten Steven Witkoff empfangen. Zeitgleich war NATO-Generalsekretär Mark Rutte zu Besuch bei Trump im Weißen Haus. (TT)

Mehr auf Seite 11

Wieder Streit um Zillertalbahnhof

Prüfbericht des Bundes bleibt unter Verschluss, jetzt wird Rechnungshofprüfung gefordert.

Innsbruck – Nach den Turbulenzen um den vor zwei Jahren wegen eines Plagiatsskandals sowie eines falschen Dokortitels entlassenen Vorstand der Zillertalbahnhof drängten die Oppositionsparteien FPÖ, Liste Fritz, Grüne und NEOS auf eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof. Schließlich wurde auch die Umrüstung des Dieselantriebs auf Wasserstoff aus finanziellen Gründen gestoppt.

Es sollte allerdings noch ein Prüfbericht zur Mittelverwendungskontrolle der Zillertalbahnhof Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG) abgewartet werden. 2023 hat der Bund rund 1,4 Millionen Euro für die Zillertalbahnhof aufgewendet, insgesamt fließen rund neun Millionen Euro von Land bzw. Bund u. a. für den Vertrieb, das Personal und die Erhaltung der Fahrzeuge.

Der Bericht liegt vor, doch die Abgeordneten dürfen ihn nicht einsehen. Und das sorgt jetzt für heftige Kritik. Begründung: Die Zillertaler Verkehrsbetriebe AG unterliegt nicht dem Fragerecht des Landtags, ein Verlangen geht über die verfassungsrechtlich vorgesehenen Kontrollrechte hinaus. Die Bahn ist kein Landesunternehmen, sie gehört zu 60,8 Prozent Tiroler Gemeinden und zu 4,7 Prozent der Republik Österreich, der

Rest befindet sich im weiteren Streubesitz.

Der Landesregierung ist diese Situation mehr als unangenehm, deshalb können die Klubchefs der im Landtag vertretenen Parteien bei der Zillertalbahnhof Einsicht in den Prüfbericht nehmen. Die Klubobleute von Liste Fritz und Grünen, Markus Sint und Gebi Mair, sind jedoch empört. „So geht das nicht. Kein Cent mehr ohne Kontrolle“, kündigt Sint an. Für Mair gibt

es jetzt keinen Grund mehr, eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof zu verhindern.

Was die Umrüstung betrifft, so soll in den nächsten Wochen das technische Gutachten für die Oberleitungsabschnitte im Zusammenhang mit dem forcierten Akku-Hybrid-Antrieb vorliegen. Die Expertise ist die Grundlage für die Ausschreibung der neuen Zuggarnituren. (pn)

Mehr auf den Seiten 2, 4

Gutachten stützt Lkw-Verbot

Reutte – „Der geplante Scheiteltunnel und das 7,5-Tonnen-Fahrverbot für Lkw am Fernpass sind miteinander vereinbar“, verkündete Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler am Donnerstag in Reutte. Er stützt sich dabei auf ein neues Gutachten und ist sich sicher, dass das geltende Tonnagelimit nicht nur haltbar, sondern verkehrstechnisch sogar erforderlich ist. Die Maut werde zudem bis zu zehn Prozent des Verkehrs verlagern. (fasi)

Mehr auf Seite 19



Kampf für Einheimischen-Boni

Tirols Seilbahnwirtschaft wird bis zum Evaluierungsergebnis der EU-Geoblockingverordnung an alternativen Modellen für billigere Skitickets und Co. festhalten. Die Einheimischen-Tarife sind bekanntlich im Herbst 2024 gefallen. LH Mattle sieht Tiroler Tarife nicht als „Diskriminierung“. Mehr auf Seite 4

Foto: Böhm

Therapeut verurteilt

Innsbruck – Ein Tiroler Psychotherapeut musste sich gestern wegen Missbrauchs eines Autoritätsverhältnisses am Landesgericht verantworten. Der 73-Jährige hatte nach einer Gesprächstherapie eine Teilnehmerin erst umarmt, sie am Gesäß betatscht und letztlich noch auf Wangen und Mund geküsst. Die generell an Schuldgefühlen leidende Frau erstattete Anzeige. Gegen zur Hälfte bedingte 3600 Euro Geldstrafe wurde volle Berufung erhoben. (fell)

Mehr auf Seite 5

Aufgeblättert

Von der Couch aus

Von Carmen Baumgartner-Pötz

Österreich ist ein schönes Land voller ExpertInnen für eh alles. Denn der beliebteste Volkssport hierzulande ist das Fachsimpeln. Die Anwendung ist weit verbreitet und besonders beim Sport attraktiv – 9 Millionen Teamchefs wissen besser Bescheid als der Schiri am Fußballfeld. Oder: Jeder war einmal in der Schule und weiß deshalb, wie das System besser laufen würde. Ab heute gibt es die Disziplinen Sport und Schule kombiniert zur Prime Time. „Dancing Stars“ ist ein Fest für alle Auskenner und Voyeure, die den Anfängertanzkurs durchgemacht haben oder zumindest einen Boarischen hinbekommen. Auch für selbsternannte ModeexpertInnen gibt es von der Couch aus, selbst ins bequemste Gammeloutfit gewandelt, viel zu besprechen. Überhaupt redet es sich am besten vom Wohnzimmer aus bei Snacks. Der Fernseher als Ersatz für das Lagerfeuer ist zurück, wie in guten alten Zeiten. Dafür darf man dankbar sein!

WETTER



Kühl und teils feucht. Die Wolken sind meist dicht und es gibt zunächst auch verstärkter Regenschauer. Im Verlauf des Tages beruhigt sich das Wetter und es dürfte länger trocken sein. **Seite 28**

NACHRICHTEN

Buwog-Prozess. Ab 20. März behandelt der Oberste Gerichtshof die Nichtigkeitsbeschwerden und Strafbefehle gegen Ex-Minister Karl-Heinz Grasser und Co. im Buwog-Verfahren. **Seite 12**

SPORT

Unterhaus. Vor dem heutigen Liga-Auftakt im Tiroler Amateurfußball lassen zwei strafverfuzierte TFV-Cupspiele in Hall und Haiming die Wogen hochgehen. Der Sachverhalt mutet zumindest höchst skurril an. **Seite 29**



Platzsperre schützt nicht immer vor einer Strafverfuzierung. Foto: imago/Zink

SO FINDEN SIE

Notdienste, Wohin heute Seite 35
Todesanzeigen Seite 27
Österreichische Post AG, TZ 022031607 T
Schlüsselverlag J.S.Moser, Brunecker Straße 3,
6020 Innsbruck; Retouren an PF 100, 1350 Wien



9 015480 002612 11

Tiroler Tageszeitung

TT-Club

Ihre TT-Club-Vorteile finden Sie wöchentlich in der TT am Sonntag oder online unter

club.tt.com





Es wird Zeit für die Umrüstung der Zillertalbahnen. Mit dem Bund gibt es derzeit intensive Verhandlungen über die Höhe der Mitfinanzierung. Foto: Rita Falk

Rechnungshof soll Zillertalbahnen durchleuchten

Nach Wirbel um Geheimhaltung des vom Ministerium beauftragten Prüfberichts ruft Opposition Rechnungshof an. Akkuantrieb hängt an Finanzierungszusage des Bundes.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Dekarbonisierung der Zillertalbahnen ist eine noch ungelöste Baustelle der schwarz-roten Landesregierung. Vor einem Jahr beschloss das Land einen Akku-basierten Antrieb, die Zillertalbahnen AG hat rund 170 Millionen Euro aus dem Mittelfristigen Investitionsprogramm für Privatbahnen beantragt. 50 Prozent davon finanziert der Bund, 38,4 Prozent das Land Tirol und 11,6 Prozent die Gemeinden.

„Wenn es um viele Millionen Steuergeld geht, tun sie gerade so, als ob das Land Haupteigentümer wäre.“

Markus Sint/Liste Fritz (Klubobmann)

Die Umrüstung von Diesel auf einen Akku-Hybrid-Antrieb hängt maßgeblich an der Finanzierungszusage des Bundes. Das technische Gutachten für die Oberleitungsabschnitte zum Laden soll in den nächsten Wochen präsentiert werden. Sobald der Bund grünes Licht gibt, kann das Wagenmaterial ausgeschrieben werden. Hier wird aktuell eine gemeinsame Fahrzeugbeschaffung mit Salzburg (Pinzgaubahn) geprüft, um höchstmögliche Synergien bei Beschaffung, Wartung und Instandhaltung zu erzielen.

Unter den Zillertaler Bürgermeistern regt sich seit Wochen dennoch Unmut, weil ihnen alles zu langsam geht. Bis 2030 soll schließlich die Umstellung erfolgen, die Dieselfahrzeuge haben außerdem schon längst ihr „Lebensende“ erreicht.

Verdross herrscht auch auf landespolitischer Ebene: Die Opposition fühlt sich von der schwarz-roten Landesregierung hintergangen, weil ein

Bericht der Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft (SCHIG) geheimgehalten wird. Weil es sich bei der Bahn schließlich um kein ausgegliedertes Landesunternehmen handelt, die SCHIG die Mittelverwendungskontrolle der Privatbahnen im Auftrag des Bundesministeriums und nicht des Landes Tirol durchführt und nicht ausgeschlossen werden kann, dass der Inhalt des Berichts auch berechnete Geheimhaltungsinteressen der Zillertaler Verkehrsbetriebe AG tangiert.

Opposition empört

Mehr hat es nicht gebraucht: Für Liste Fritz und Grüne ist jetzt klar, dass an einer Prüfung durch den Bundesrechnungshof kein Weg mehr vorbeiführt. „Kein Cent ohne Kontrolle“, richtet Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint der Landesregierung aus. „Wenn es um die Forderung nach vielen Millionen Steuergeld geht, dann tun sie gerade so, als ob das Land Tirol Haupteigentümer wäre.“

„Nun spricht eigentlich nichts mehr gegen den Rechnungshof, außer man sucht weiter Ausreden.“

Gebi Mair/Grüne (Klubobmann)

Sein Kollege von den Grünen Gebi Mair findet es absurd, dass nur bei der Zillertalbahnen Einsicht genommen werden kann. Der Bericht liege vor, jetzt spreche nichts mehr gegen eine Rechnungshofprüfung. „Außer man sucht weiter Ausreden.“ Für den Auftrag an den Bundesrechnungshof benötigt es im Landtag allerdings eine Mehrheit. Die Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ müssen deshalb ebenfalls zustimmen.

„Vorteile für Einheimische sind keine Diskriminierung“

Seilbahnwirtschaft hält bis zu EU-Entscheid über Geoblocking-Verordnung an alternativen Boni-Systemen fest. Für LH Mattle nur „gerechte Anerkennung“.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Die „Geoblocking-Verordnung“ der EU hat den Einheimischen-Tarifen im Herbst 2024 in Tirol großteils den Saft abgedreht. Im vierten Quartal 2025 will die EU-Kommission jedoch deren Evaluierung abgeschlossen haben. Tirol drängt auf eine Beibehaltung der Einheimischen-Tarife bei Seilbahnen und Co. Und hat dies auch im Rahmen des Konsultationsmechanismus in Brüssel so deponiert, die TT berichtete. Ein Etappen-erfolg, meint man hierzulande. Kenner des Brüsseler Verwaltungsapparats sehen das anders. Die Evaluierung sei auch ohne Tiroler Zutun bereits beschlossene Sache gewesen, heißt es. Ob und wenn ja wie eine allfällige Adaptierung hernach erfolgt, steht indes auf einem anderen Blatt. Weil es eine politische Frage sei – in Kommission, Parlament und Rat.

Tirols Seilbahnsprecher Reinhard Klier weiß um diese Zeitschiene. Eine Entscheidung noch vor Start der Wintersaison 2025/26 gilt als unwahrscheinlich. Die Seilbahnwirtschaft werde deshalb vorerst an ihren alternativen und gesetzeskonformen Boni-Systemen festhalten. So gewähren einzelne Skigebiete seit Herbst eben Rabatte für Inhaber diverser Firmenkunden- oder Mitgliederkarten. Die großen Verbände Freizeitticket und RegioCard ha-



Noch gibt es in Sachen EU-Geoblocking-Verordnung keinen Grund für Entspannung. Foto: Falk

„Leistbare Freizeitaktivitäten sind kein Privileg, sondern eine gerechte Anerkennung.“

Anton Mattle (Landeshauptmann, VP)

„Es gibt gute Gründe, wieso Vergünstigungen für die Wohnsitzbevölkerung durchaus Sinn machen können.“

Walter Obwexer (Europarechtsexperte)

„Eine positive Diskriminierung von Einheimischen sollte grundsätzlich möglich sein.“

Reinhard Klier (Sprecher Tiroler Seilbahnen)

ben indes vergünstigte Familienkarten nur im Vorverkauf angeboten. Als Ausgleich für den Wegfall der Hauptwohnsitzklausel. „Der befürchtete große Zustrom deutscher Kunden ist ausgeblieben“, bestätigt Klier. Kein Grund also für eine neuerliche Adaptierung. Letztlich plädiert Klier aber für eine langfristige Lösung – eben eine Adaptierung

der Geoblocking-Verordnung im Sinne einer Ausnahmeregelung für Seilbahnen.

Hörl: „Mehr Druck machen“

Das will auch Österreichs Seilbahnsprecher Franz Hörl. Ob das gelingt, wagt er nicht zu sagen: „Wir werden hier auf Bundesebene mehr Druck machen müssen.“ Wenn nötig über Außenministerin Beate Meinl-Reisinger (NEOS).

EU-Rechtsexperte Walter Obwexer würde die Erfolgsaussichten Österreichs und Tirols nicht vorschnell in den Wind schreiben. Dass Vergünstigungen für die Wohnsitzbevölkerung durchaus Sinn machen können, sei auch einigen Akteuren auf EU-Ebene bewusst. Auch in Richtung einer positiveren Einstellung gegenüber Brüssel und Co. Denkbar wäre beispielsweise, dass die EU die Einheimischen-Tarife zu-

lasse, sie jedoch mit einem Rabatt-Limit versieht. Personenbezogene Rabatte (Bsp: Familien, Senioren) seien bereits durch die Geoblocking-Verordnung gedeckt.

Leistbare Freizeitaktivitäten und Vorteile für Einheimische sind für Landeshauptmann Anton Mattle (VP) indes „kein Privileg, sondern eine gerechte Anerkennung. Ohne die Einheimischen würde es die blühende Tourismusbranche nicht geben. Die Menschen, die hier leben, verdienen es, von diesem Wohlstand direkt zu profitieren.“ Die Betriebe würden Wege suchen, den Einheimischen gute Angebote zu machen, so Mattle: „Die EU muss sie nur lassen.“ Deshalb gehöre aus Sicht des Landes, der Arbeiter- und der Wirtschaftskammer das Problem bei der Wurzel gepackt – und die EU-Gesetzgebung geändert.

Reaktionen der Opposition

Liste Fritz: „Eine angekündigte Evaluierung der umstrittenen Geoblocking-Verordnung durch die EU-Kommission als Lichtblick zur Rettung der Einheimischen-Tarife abzufeiern, ist verwegen und täuscht etwas vor, dessen Ausgang überhaupt nicht absehbar ist“, kritisiert Liste-Fritz-Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider VP-Tou-

rismuslandesrat Mario Gerber. Eher sei dies ein „Wirtschaftskammer-Wahlgeplänkel“.

NEOS: Anders tönt NEOS-Klubobfrau Birgit Obermüller. Sie begrüßt die Evaluierung und hofft auf eine „zufriedenstellende und vor allem eindeutige juristische Lösung im Sinne der Tiroler Bevölkerung“.

Politik in Kürze

Bauern und Wirtschaft ist der Diesel heilig

Das sich Wirtschafts- und Bauernkammer grün sind, kommt nicht alle Tage vor. Gemeinsame Presseaussendungen sind daher mehr als eine Rarität. Doch am Donnerstag hauten sich deren Spitzen – pünktlich vor dem Ende der Wirtschaftskammerwahl – sozusagen auf ein Packl. Unisono warnten WK-Präsidentin **Barbara Thaler** und LK-Präsident **Josef Hechenberger** vor den Folgen einer Abschaffung des Dieselpri- vilegs, wie diskutiert, also der steuerlichen Begünstigung des Treibstoffs. Wie berichtet, hatten dies NEOS-Nationalrat **Dominik Oberhofer**



Der VP-Bauernbund ist für die Beibehaltung des Dieselpri- vilegs, für den Agrardiesel beträgt die Rückvergütung 37 Cent pro Liter. Foto: APA/Gindl

und Verkehrslandesrat **René Zumtobel** (SP) einerseits als Ausgleich für die Einführung der motorbezogenen Versicherungsteuer bei E-Autos und andererseits gegen den

Lkw-Transitverkehr ein- gefordert.

Thaler erinnert daran, dass „es bereits eine CO₂-Steuer gibt, die in den vergangenen Jahren ohnehin empfindlich

erhöht wurde“. Hechenberger sieht in dem Ansinnen nichts anderes als „eine unzumutbare Zusatzbelastung für die Menschen, die Unternehmen und die Landwirte in Tirol“. Detail am Rande: Unabhängig vom Dieselpri- vileg beträgt die Agrardiesel- Rückvergütung durch mehrere Maßnahmen rund 37 Cent pro Liter.

Das Wohnbauförderungskuratorium des Landes beschloss nun weitere 144 Millionen Euro an Förderungen für leistbares Wohnen in Tirol, wie LHStv. **Philip Wohlgemuth** gestern bekannt gab. (TT)

Fakten zur Wahl

699 Mandate für den Wirtschaftsbund: In den 65 verschiedenen Fachorganisationen sind 1963 Kandidaten aus 15 verschiedenen Wählergruppen zur Wahl angetreten. 928 Mandate wurden vergeben. Der ÖVP-Wirtschaftsbund erzielte 699 Mandate, die Freiheitliche Wirtschaft 130 Mandate, die Grüne Wirtschaft 48 Mandate, die Fachliste der Tiroler Industrie 40 Mandate, die UNOS (NEOS) 21



Evelyn Achhomer konnte mit ihrem FPÖ-Team 130 Mandate in den einzelnen Fachgruppen erobern. Foto: Axel Springer

Mandate, die Liste Tiroler Wirtschaft elf Mandate, der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband 10 Mandate und die Liste Fritz fünf Mandate. Die restlichen Sitze entfielen auf sonstige Namens- und Fachlisten.

Liste Fritz schaffte Einzug: Erstmals hat die Liste Fritz bei den Kammerwahlen kandidiert. Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider ist zufrieden: „In vier Fachgruppen sind wir nun mit insgesamt fünf Mandaten vertreten. Zusätzlich zu unserer Landtagsarbeit werden wir uns jetzt auch in der Wirtschaftskammer ganz besonders für die Ein-Personen-Unternehmen, die Klein- und Kleinbetriebe einsetzen und ihnen eine Stimme und Anlaufstelle geben.“

NEOS zufrieden: „Wir haben unser Ziel erreicht und sind – so wie NEOS bei allen vergangenen Wahlen auf Landes- und Bundesebene – weitergewachsen“, freute sich auch UNOS-Tirol-Landessprecherin und Spitzenkandidatin Shari Kuen.

Klar gewonnen, viel verloren

Bauern-, Arbeiter- und Wirtschaftskammer bleiben in Tirol Domäne der ÖVP. Der Wirtschafts-bund erreichte 69,7 Prozent. Die Freiheitlichen legten stark zu und fordern Öffnung der Kammer.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Im ÖVP-internen Rennen ist Wirtschafts-bundobfrau und Kammerpräsidentin Barbara Thaler jetzt wieder hinter den ÖVP-Bauernbund zurückgefallen. Der erzielte bei den letzten Landwirtschaftskammerwahlen 74,2 Prozent. Trotzdem: Mit 69,7 Prozent hängen die schwarzen Wirtschaftsvertreter die ÖVP-Arbeitnehmer von Erwin Zangerl in der Arbeiterkammer (59,2 Prozent) klar ab. Die Interessenvertretungen in Tirol bleiben jedenfalls weiterhin eine schwarze Domäne.

Wie in den anderen Bundesländern musste der Wirtschafts-bund aber Federn lassen. Jedoch auf hohem Niveau. Den Rückgang im Vergleich zu 2020 führt Thaler auf die herausfordernden Rahmenbedingungen und die Unsicherheit durch die bundespolitische Entwicklung zurück. „Solche Faktoren beeinflussen jede Wahl. Zudem war lange unklar, wie überzeugend das Wirtschaftsprogramm der Koalition in Wien ausfallen wird. Gleichzeitig stellten sich in Tirol so viele Wählergruppen zur Wahl wie noch nie zuvor.“



Die Granden im Wirtschafts-bund und in der ÖVP freuten sich mit Barbara Thaler. Anton Rieder, LH Anton Mattle sowie Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Mario Gerber (v. l.) applaudierten bei der Ergebnis-Präsentation. Foto: Rita Falk

Die Stellvertreterin von ÖVP-Parteiboss und Landeshauptmann Anton Mattle hat mit dem Ergebnis vor mehr als zwei Dritteln aller Stimmen bei der Kammer-

wahl ihre Position innerhalb der ÖVP gefestigt. „Darum ist es bei der Kammerwahl aber nicht gegangen“, will sich Thaler auf solche Diskussionen gar nicht einlassen.

Der Aufwärtstrend der Freiheitlichen setzte sich erwartungsgemäß fort. Mit der Landtagsabgeordneten Evelyn Achhomer präsentierten die Freiheitlichen ein neues Gesicht, am Ende erreichte sie 14,8 Prozent. Parteiboss Markus Abwergger münzte den Erfolg seiner Spitzenkandidatin gleich in eine krachende Niederlage von Mattle und der Tiroler Volkspartei um. „Die ÖVP darf die Wirtschaftskammer nicht mehr als ihre Erbpacht betrachten.“

NEOS hinter den Grünen

Die neue Regierungs- und erklärte Wirtschaftspartei NEOS (4,1 Prozent) blieb hinter den Erwartungen und mit leichten Zugewinnen sogar hinter

den Grünen (6,4 Prozent). Die haben einen Prozentpunkt verloren. Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband (2,5 Prozent) spielt nach wie vor eine untergeordnete Rol-

le in der Tiroler Wirtschaftskammer und kommt seit Jahren nicht wirklich vom Fleck. Die erstmals angetretene Liste Fritz schaffte hingegen auf Anhieb fünf Mandate und 1,2 Prozent. Obwohl heuer mehr Wirtschaftstreiber zur Wahl gegangen sind, ist die Wahlbeteiligung wieder gesunken. Nämlich



„Es besteht kein Zweifel, dass der Wirtschafts-bund seine tragende Rolle weiter gefestigt hat.“

Barbara Thaler (Wirtschaftskammerpräsidentin)

um 2,1 Prozentpunkte auf 37,4 Prozent.

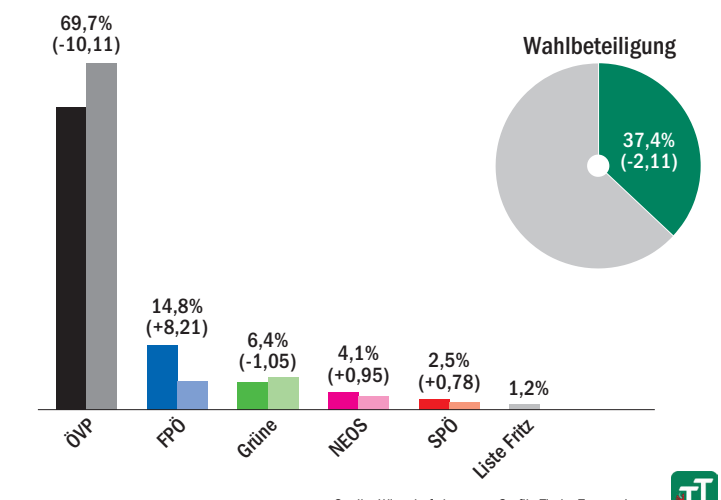
Im Juni tritt das Wirtschafts-parlament zur Konstituierung zusammen. Dort wird die bisherige Präsidentin Barbara Thaler wiedergewählt.



Ein Schnappschuss fürs Archiv: Franz Hörnl hat vor eineinhalb Jahren Barbara Thaler zur Kammerpräsidentin gemacht. Foto: Rita Falk

Wirtschaftskammerwahl

Wahlbeteiligung. 69.522 Personen waren wahlberechtigt, insgesamt wurden 25.969 Stimmen abgegeben.



Quelle: Wirtschaftskammer; Grafik: Tiroler Tageszeitung

Politik in Kürze

Zangerl macht Druck bei Einheimischen-Tarifen

Anfang des Jahres hat das Land die Geschäftsführung der Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) neu ausgeschrieben. Zuletzt hat Florian Stolz das Unternehmen interimistisch geleitet, jetzt wird er offiziell zum Nachfolger von Carolin Porcham bestellt. Die Hearingskommission hat den 42-Jährigen einstimmig erstgereiht. Der zuständige Flüchtlingsreferent LHStv. Philip Wohlgenuth (SPÖ) begrüßt die Entscheidung. „Die Tiroler Soziale Dienste GmbH erfüllt eine unverzichtbare Rolle in der sozialen Landschaft unseres Landes. Florian Stolz hat sich in seiner Zeit als interimistischer Geschäftsführer nicht nur als fachlich kompetent, sondern auch



AK-Präsident Erwin Zangerl stellt der Landesregierung die Rute ins Fenster. „Die Einheimischen dürfen nicht diskriminiert werden.“ Foto: Thomas Böhm

als Führungspersonlichkeit erwiesen, die mit Weitblick und Engagement die richtigen Weichen für die Zukunft stellt. Die TSD organisieren die Grundversorgung für Asylwerbende und Vertriebene, setzen zahlreiche In-

tegrationsprojekte um und betreuen Menschen in Not in sozialen Einrichtungen.

In der Diskussion über die Einheimischen-Tarife meldet sich jetzt auch wieder der Arbeiterkammerpräsi-

dent Erwin Zangerl zu Wort: „Einheimische dürfen im eigenen Land nicht zweitklassig behandelt werden“, betont er. Sollte es im Laufe des Jahres zu keiner Lösung kommen, müsse die Landesregierung die Diskriminierung von Einheimischen gegenüber Gästen mit einem Gesetz unterbinden. „Den Tiroler Tourismusverbänden soll ein Gleichbehandlungsgebot zwischen Gästen und Einheimischen auferlegt werden“, fordert Zangerl. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die Bevölkerung den Tourismus mittrage und durch ihre Steuern und Abgaben wesentlich zur Schaffung bzw. Aufrechterhaltung der dafür notwendigen Infrastruktur beitrage. (pn)

Kommentar

Die Stellvertreter-Wahl

Von Peter Nindler

Ob 70 oder 80 Prozent, macht eigentlich keinen Unterschied. Die Wirtschaft in Tirol bleibt mit einigen Abstrichen schwarz, alles andere wäre selbst in den Reihen der ÖVP unvorstellbar gewesen. Die freiheitlichen Zugewinne passen ebenfalls ins Bild der (bundes-)politischen Großwetterlage. So gesehen kann die Tiroler Wirtschaftskammer rasch zur Tagesordnung übergehen.

Obwohl es Wirtschafts-bundobfrau und Kammerpräsidentin Barbara Thaler vom Tisch wischt: Für sie persönlich war es dennoch eine besonders wichtige Wahl. Deutlich zweistellige Verluste hätten sie vor allem innerparteilich geschwächt, zählt Thaler doch zum engeren Kreis der möglichen Nachfolgerinnen von ÖVP-Parteiboss und Landeshauptmann Anton Mattle. Sie und Landesrätin Cornelia Hagele haben derzeit die Nase vorne, wobei Hagele in den vergangenen Jahren geschickt ihre Machtbasis auch als Obfrau im wichtigsten ÖVP-Bezirk, Innsbruck-Land, allmählich vergrößert hat.

Hagele verantwortet außerdem mit Bildung, Pflege, Gesundheit und Wissenschaft zentrale politische Zukunftsorts im Land, während Barbara Thaler zuletzt oft den Konflikt mit dem Landeshauptmann gesucht hat – als Interessenvertreterin der Wirtschaft. Mit der Kammerwahl bestand die ehemalige EU-Abgeordnete allerdings ihre Feuertaupe. Damit bleibt neben ihr und Cornelia Hagele vorerst wenig Platz bzw. Hoffnung für potenzielle schwarze Mattle-Kronprinzen.





Kommenden Donnerstag öffnet in Innsbruck die Tiroler Frühjahrsmesse zum 40. Mal ihre Pforten. Foto: CMI

Drei Messen unter einem Dach

Die 40. Tiroler Frühjahrsmesse in Innsbruck will mit Autosalon, Nachhaltigkeitsmesse und einem bunten Programm punkten.

Innsbruck – Von Garten bis Wohnen, von Gesundheit über Grillen bis zum Shopping und E-Sports: Die Tiroler Frühjahrsmesse will zu ihrem 40. Geburtstag mit einem vielfältigen Programm überzeugen. Genau genommen vereinigen sich kommende Woche vom 20. bis zum 23. März drei Highlights unter einem Innsbrucker Messe-Dach: Neben der Frühjahrsmesse und dem Autosalon steigt auch die Tiroler Nachhaltigkeitsmesse (startet am 21.3.).

Was erwartet die Besucher? „Mehr als 290 Aussteller zeigen ein umfassendes Beratungs-, Produkt- und Mitmachangebot“, betont Messedirektor Christian Mayerhofer. Das Gartenthema reicht von Tricks und Tipps fürs Gärtnern bis zu Gartenmöbeln und Sonnenschutz. Der Gesundheitsbereich geht von Blutzuckermessungen bis zu einem begehren Prostatamodell, das in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Krebshilfe Tirol und der Prostatakrebs-Selbsthilfegruppe Tirol präsentiert wird. Angeboten werden auch PSA-Tests, also Bluttests zur Früherkennung von Prostatakrebs.

Weiterentwickelt soll auch der 2023 eingeführte E-Sports-Bereich werden. Neben den neuesten E-Gaming-Computern sollen E-Sports-Turniere (z. B. Mario Kart, FIFA) auch das Wettkampffieber entfachen. Nicht nur ganz Junge sind dabei angesprochen. Laut Mayerhofer liegt das Durch-

schnittsalter der E-Gamer bei 30 Jahren.

Genussspechte sollen mit den „Hot Days“ in der „Grill-Zeltstadt“ auf ihre Kosten kommen. Unter anderem lassen sich insgesamt 50 Grillmeister über die Schulter schauen und verraten Tipps und Tricks für die eigene Garten-Grillparty. Es werde sich „eine Duftglocke aus Röstaromen“ über die Messe legen, sagt Andreas Bstiel von der Grill- und Barbecue-Association (TGBA). „Und auch Vegetarier kommen nicht zu kurz.“ Von diversen Grill-Bewerben und der offiziellen Landesmeisterschaft versprechen sich die Messe-Veranstalter heiße Wettkämpfe.

Mobilität spielt sich am Fahrrad-Areal und vor allem bei den 15 Ausstellern mit ihren insgesamt 35 Automarken beim Autosalon ab. Trotz aller digitalen Möglichkeiten bietet die Messe den Autohändlern die Chance, direkt mit Kunden in Kontakt zu treten, denn angesichts der vielfältigen Modelle und Antriebsmöglichkeiten sei der Beratungsbedarf groß.

Nicht zuletzt hoffen Innsbrucks BM Johannes Anzenberger, Wirtschafts-LR Mario Gerber und Messepräsidentin Cara Sebiye auf einen wirtschaftlichen Impuls für Stadt und Land. Schließlich trägt die Messe außerhalb der Hallen dazu bei, die Wirtschaft in Innsbruck und Tirol anzukurbeln. Im Vorjahr hatten 32.000 Menschen die Frühjahrsmesse besucht. (mas)

Eingefrorene Russen-Villen in Kitzbühel wieder frei

Staat muss eingefrorene Russen-Anwesen in Kitzbühel freigeben. Nur sechs Immobilien in Österreich sind eingefroren – keine davon in Tirol.

Von Max Strozi

Kitzbühel – Im Zusammenhang mit verstecktem Vermögen sanktionierter Russen gerieten vor einem Jahr auch mehrere Immobiliendeals in Kitzbühel in den Fokus. Die gebürtige Russin Svetlana E., die auch einen zypriotischen Reisepass besitzt, hatte zwischen 2017 und 2021 in der Gamsstadt gleich drei Grundstücke mit insgesamt vier Villen erworben, wie Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint damals herausfand. In Summe legte die zypriotische Russin rund 26 Mio. Euro für die Immo-Deals auf den Tisch. Ein Recherchenetzwerk fand später heraus, dass die mysteriöse Frau die Partnerin des sanktionierten

„Grundbücherliche Eintragungen müssen gelöscht werden, weil die Person selbst nicht sanktioniert ist.“

Innenministerium

russischen Öl-Managers Eduard Chudainatow sein soll, der die Villenkäufe auch finanziert haben soll. Chudainatow wiederum gelte als „Geldbörse“ und Scheineigentümer einer Luxusyacht des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Vermerk gelöscht

Der Tiroler Oppositionspolitiker Sint meldete daraufhin die Villen-Käufe der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst im Innenministerium. Kurz darauf wurden die Luxus-Anwesen eingefroren, konkret wurde dabei im Sommer 2024 im Grundbuch ein Sanktionsvermerk eingetragen. Svetlana E. legte daraufhin dagegen Einspruch ein.

Augenscheinlich mit Erfolg. Österreich muss diese drei eingefrorenen Grundstücke mit



Eine von mehreren Villen in Kitzbühel, die der Staat eingefroren hatte. Foto: TT

insgesamt vier Villen offenbar wieder freigeben. Auf TT-Anfrage erklärt das Innenministerium: „Mit Entscheidung des Landesgerichts Innsbruck vom 30. Jänner 2025 wurde dem Rekurs einer betroffenen Person Folge gegeben und deren drei grundbücherliche Eintragungen ihrer Grundstücke mussten wieder gelöscht werden, weil diese Person selbst nicht sanktioniert ist.“ In diesem Kontext müsse „auf eine OGH-Entscheidung hingewiesen werden, die ausführt, dass die bloße Darlegung einer beispielsweise familiären Verbindung zwischen einer sanktionierten Person und einer Person im Grundbuch für einen Sanktionsvermerk im Grundbuch nicht ausreicht“.

„Das ist ja unglaublich“, ist Liste-Fritz-Klubchef Sint, der die Causa vor einem Jahr



Foto: TT/BBM

„Dieser Fall zeigt, was für eine Farce die österreichische Umsetzung der EU-Sanktionsregelung ist.“

Markus Sint (Liste Fritz)

ins Rollen brachte, empört: „Dieser Fall zeigt, was für eine Farce die österreichische Umsetzung der EU-Sanktionsregelung ist“, kritisiert Sint: „Kein sanktionierter Russe, der nicht höchstpersönlich im Grundbuch steht oder zum Staat Österreich kommt, sich als sanktioniert deklariert und alle seine Immobilien offenlegt, wird so belangt werden.“ Es genüge wie im Fall Kitzbühel offenbar lediglich, Strohleute als offizielle Käufer einzusetzen, damit man davonkommt.

„Wenn Österreich bei einem so klaren Fall wie bei diesem faulen Immo-Deal abblitzt, ist es kein Wunder, dass die Bilanz der eingefrorenen russischen Immobilien so miserabel ausfällt“, beklagt Sint. Schlechte Figur mache auch die Tiroler Landesregierung. Sie habe die Russen-Villen nie an den Staatsschutz gemeldet.

Auch „Putin-Villa“ frei

Aktuell sind laut Innenministerium sechs Grundstücke in Österreich eingefroren, wobei sich davon keines in Tirol befindet. Auch die so genannte „Putin“-Villa in Kitzbühel, die dem sanktionierten russischen Oligarchen und Putin-Freund Arkadi Rotenberg zugerechnet wird, ist nicht eingefroren.

Die Sanktions-Verordnung der EU von 2014 besagt unter anderem, dass nicht nur Vermögen, das direkt im Eigentum der sanktionierten Personen stehe, eingefroren werden müsse. Sondern auch Vermögen von jenen, die mit den Sanktionierten in Verbindung stehen. Svetlana E., die Mutter zweier Kinder des sanktionierten Chudainatow sein soll, hatte im Vorjahr über ihren Anwalt bestritten, Lebensgefährtin des Oligarchen zu sein oder mit ihm in Verbindung zu stehen.

Digitales Vermögen leichter erben

Das Unternehmen Charonium will es ermöglichen, digitalen Nachlass einfacher zu finden.



Daniel Gosterxeier ist Mitgründer des Start-up Charonium. Foto: Imp

Von Viktoria Imp

Innsbruck – Ein Elternteil stirbt. Testament wurde keines hinterlassen. Wie ist das mit dem Geld? Gibt es vielleicht Kryptowährung und wenn ja, wo? Das Tiroler Start-up Charonium hat ein Tool entwickelt, das Angehörigen wenigstens die Suche nach den digitalen Anlagen des Verstorbenen erleichtern soll.

Denn ein Weg bleibt nach dem Tod eines Menschen meist nicht aus: der Gang zum Notar. Dieser erhebt sämtliches Vermögen – klassischerweise von Banken oder in Form von Wertgegenständen. „Heutzutage hat

man aber nicht nur die Bank, sondern viele andere Orte, wo Werte liegen“, erklärt Charonium-Mitgründer Daniel Gosterxeier.

Er und seine Kollegen möchten mit ihrem Produkt die Marktlücke der Suche nach dem „digitalen Nachlass“ füllen. Unter anderem wollen sie Notaren und Anwälten ein Tool bieten, um digitale Werte wie Bitcoin oder Ethereum abzufragen. „Die digitalen Vermögenswerte bleiben häufig unentdeckt, und die Erben erhalten keinen Zugang“, sagt Gosterxeier. Das Projekt befindet sich gerade in der Startphase: „Fünf Anwälte haben wir

schon, unser Plan ist es, in kürzester Zeit zehn bis 15 Prozent in Österreich abzudecken.“ In der Entwicklung wurden sie von Rechtsprofis und Digitalexperten, etwa AIQ Forensics, unterstützt. Diese arbeiten unter anderem mit dem FBI zusammen.

Das so genannte „Charonium Legacy“-Tool ist nicht das einzige Produkt des Tiroler Unternehmens. Die Entwickler haben vor, auch mit dem „ersten vollständig regulierten Krypto-Token aus Tirol“ durchzustarten. Das Produkt namens „Styx“ ist zusammen mit dem Tool für Notare und Anwälte ebenfalls frisch auf dem Markt.

Hing'schaut und g'sund g'lebt



KRÄUTERPFARRER BENEDIKT

facebook.com/kraeuterpfarrer kraeuterpfarrer.at

Die Magentätigkeit fördern

Fenchel tut ihr gut

Wer fastet, der gönnt sozusagen dem Magen eine Pause, die ihm sicher zusteht. Denken wir nur daran, dass es den meisten von uns sehr leichtfällt, ihn zu füllen und ihm damit genügend „Arbeit“ zukommen zu lassen. Ich möchte den Kategorien voll und leer noch eine dritte hinzufügen: es handelt sich hierbei um die ausbalancierte Konstitution des Magens bzw. um die Produktion von ausreichend Magensaft.

Mit dem Fenchel (*Foeniculum vulgare*) soll heute das Verdauungssekret Beachtung finden, das im Muskelorgan Magen direkt gebildet wird, damit die aufgenommene Nahrung für den weiteren Prozess der Verwertung im Darmtrakt aufbereitet werden kann. Nun verhält es sich von Person zu Person derart, dass es davon ein Zu viel und auch ein Zu wenig geben kann. Bei Letzterem ist der Fenchel mitsamt seinen Substanzen dazu angetan, die Produktion des Magensaftes anzukurbeln. In seinem Samen finden sich verschiedene Inhaltsstoffe, die vor allem durch



das Vorhandensein

von ätherischem Öl dominiert wird. Fenchelsamen können für mehrere Bereiche des Körpers genutzt werden.

Bleiben wir aber diesmal beim Magen und dem Vorwärtkommen der Verdauung. Wie gesagt: ist jemandem bewusst, dass es einer Unterstützung für die Steigerung der Sekretion des Magensaftes bedarf, kann u. a. der Fenchel gezielt und maßvoll Verwendung finden.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN MAGEN

Vorerst werden Fenchelkörner fein zermahlen, bis ein Pulver daraus entsteht. Dieses wird am besten in einem verschließbaren Glasgefäß aufbewahrt. 3-mal täglich je 1 Teelöffel voll davon einnehmen und einen Schluck Schwarzen

Johannisbeer-Saft nachtrinken. Diese Maßnahme kann dazu beitragen, dass die Produktion von Magensäure bzw. des Magensaftes gesteigert wird, was wiederum eine gute Verdauung der Mahlzeiten nach sich zieht.

Alle hier beschriebenen Anwendungen sollen und können in keinem Fall eine medizinische oder ärztliche Behandlung ersetzen.

Kräuterpfarrer-Zentrum, 3822 Karlstein/Thaya, Tel. 02844/7070-11



Foto: Christof Birbaumer

Klarer VP-Sieg

Das Ergebnis der Wirtschaftskammerwahl bringt in Tirol keine großen Überraschungen.

Der Wirtschaftsbund bleibt klar vorne, die FPÖ holte Rang zwei. Die Wahlbeteiligung sank.

Die Wirtschaftskammerwahl ist geschlagen. „Wahlkampf ist für uns Unternehmer im Grunde nichts Fremdes. Es liegt uns im Blut, weil wir mit unseren Produkten und unseren Dienstleistungen ja jeden Tag im Wettbewerb stehen“, führte Barbara Thaler, Präsidentin der Wirtschaftskammer Tirol, aus. Wenig überraschend ging der Wirtschaftsbund der VP als Sieger der Tiroler Wirtschaftskammerwahl hervor – trotz Verlusten. Da konnte auch der Listenrekord von 14 Listen nichts daran ändern. Zwar weniger als bei der letzten Wahl von vor fünf Jahren – 2020 waren es noch 79,81 Prozent – doch immerhin noch 69,7 Prozent konnte die von Barbara Thaler geführte Fraktion erreichen.

Der zweite Platz ging dieses Mal an die Freiheitliche Wirtschaft mit 14,8 Prozent. Rang drei konnte die Grüne Wirtschaft mit 6,4 Prozent erreichen. Die Wahlbeteiligung sank. Waren es 2020 noch immerhin 39,51 Prozent, gingen heuer nur noch 37,4 Prozent zur Wahlurne – das entspricht einem Minus von 1,9 Prozent.

„Wirtschaftlich schwere Zeiten in Europa“

Insgesamt konnten sich in Tirol 52.161 Unternehmen an der Wahl beteiligen, 59.690 Mitglieder zählt die Kammer. Noch mehr sind es bei den Sparten, die insgesamt 63.245 aktive Mitglieder zählen. Die drei stärksten Sparten sind Gewerbe und Handwerk (38,2%), Handel (21,6%)



Im Festsaal der Tiroler Wirtschaftskammer verkündete Marcus Watzdorf das Ergebnis der Wahl. Die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zur Wahl von vor fünf Jahren gesunken.

Meinert meint



CLAUS MEINERT

Selbstfesselung

Alle fünf Jahre sind die WK-Mitglieder zur Wahl aufgerufen. Dabei handelt es sich um sogenannte Urwahlen, bei der jene Kollegen zu bestimmen sind, die für sie Forderungen deponieren, Gesetze begutachten usw. In der Öffentlichkeit wird diese Wahl kaum beachtet. Denn auch wenn noch so viele Listen antreten, steht schon im Vorfeld fest, dass der ÖVP-Wirtschaftsbund die dominante Kraft bleibt. Die Frage ist nur, ob mit 80, 70 oder 60% der Stimmen.

Spannender ist hingegen stets, wie viele Unternehmer zur Wahl gehen? Vor fünf Jahren waren es in Tirol 39%. Diesmal sank die Beteiligung wieder – auf 37%. Anders gesagt: Sechs von zehn Unternehmer interessiert diese Wahl genau Nichts. Ähnlich wie bei der Hochschülerschaftswahl.

Warum ist das so? Die Antwort ist einfach und nachvollziehbar. Nahezu 60 Prozent der Kammermitglieder (bundesweit rund 700.000) sind sogenannte EPU, sprich Ein-Personen-Unternehmen. Dazu zählen etwa selbstständige Personenbetreuer, sprich auch Pflegekräfte. Wie sehr diese unternehmerisch denken, darf hinterfragt werden. Aber: Die Wirtschaftskammer hat stets darauf gepocht, diese Einzelpersonen als Pflichtmitglieder zu bekommen – um mit einer ständig steigenden und letztlich auch stattlichen Mitgliederzahl prahlen zu können. Sie hat somit in einer Art Selbstfesselung diese niedrige Beteiligung geradezu heraufbeschworen. Allerdings könnte man anders betrachten auch sagen, dass von den „echten“ Unternehmern sehr viele zur Wahl gingen.

trotz starker Verluste

sowie der Tourismus mit 16,8 Prozent Anteil.

Neu bei der Wahl dabei war dieses Jahr die im Landtag vertretene Liste Fritz. Die Liste ist nun in vier Fachgruppen mit insgesamt fünf Mandaten vertreten. Ihr Ziel war es, die „übermächtige ÖVP-Wirtschaftsbund-Macht“ zu verkleinern. Mit diesem

Wunsch stand die Liste nicht allein da. Doch alle Fachgruppen deckte nach wie vor nur der schwarze Wirtschaftsbund ab. Den neu gewählten Funktionärinnen und Funktionären gratulierten auch Landeshauptmann Anton Mattl und Wirtschaftslandesrat Mario Gerber. „Die Tiroler Wirtschaft hat gewählt und

wir gratulieren allen, die Verantwortung für ihre Branche übernehmen. Europa befindet sich aktuell in einer wirtschaftlich herausfordernden Situation. Umso wichtiger ist es, dass sich Tirol auf seine wirtschaftlichen Stärken konzentriert und Chancen nützt“, erklären die Politiker unisono. Nadine Isser

”



Foto: Christof Birbaumer

Wir sind sehr zufrieden, es ist ein historisches Wahlergebnis für uns, das wir dank eines starken Teams erreichen konnten.

Evelyn Achhorne (Freiheitliche Wirtschaft)



Foto: Christof Birbaumer

Das oberste Wahlziel war, den Betrieben Raum zu verschaffen, den sie für die Arbeit brauchen. Denn Spielraum ist nötig.

Barbara Thaler (Präsidentin der WK Tirol)



Foto: Christof Birbaumer

Das Ergebnis ist nicht erfreulich, aber man kann es aushalten. Und zur Wahlbeteiligung: In Tirol geht es eh noch halbwegs.

Michael Carli (Grüne Wirtschaft)

Politik am Sonntag



Der Bau von Windrädern in Tirol ist umstritten. 32 Vorhaben wurden bisher beim Land zur Vorprüfung eingereicht, nur wenige haben eine Chance auf Realisierung. Foto: iStock

FPÖ will Windkraft Wind aus den Segeln nehmen

Die Tiroler Freiheitlichen fordern jetzt einen Grundsatzbeschluss über ein Verbot von Windparks in Tirol: Nächste Woche soll der Landtag Farbe bekennen. In einem Dringlichkeitsantrag fordert die FPÖ, dass sämtliche Planungen und Projekte für die Energiegewinnung aus Windkraft ab einer Seehöhe von 1400 Metern zu stoppen sind. „Die Tiroler Alpen sind ein einzigartiger Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, darunter viele EU-weit geschützte Arten. Der Bau von Windkraftanlagen in diesen sensiblen Gebieten birgt erhebliche



Hörl unterstützt die Rechnungshof-Prüfung. Foto: Böhm

Risiken für die Biodiversität und die Stabilität der Ökosysteme“, betont FPÖ-Parteiobermann **Markus Abwerzger**. ÖVP und SPÖ dürften den Antrag jedoch ablehnen.

Die erneut aufgeflammete Diskussion über die Prüfung der Zillertalbahn ringt

dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Zillertaler Verkehrsbetriebe **Franz Hörl** nur ein Lächeln ab. „Ich habe mich immer dafür ausgesprochen, der Rechnungshof soll uns prüfen“, erklärt Hörl. Er empfiehlt der schwarz-roten Landeskoalition, den Antrag der Opposition im Landtag zuzustimmen. „Es gibt nichts zu verbergen.“

Bisher wurde der Wunsch von FPÖ, Liste Fritz, Grünen und NEOS ausgesetzt, man wollte den Bericht der Schieneninfrastrukturgesellschaft abwarten. Dieser darf den Abgeordneten aber nicht vorgelegt werden. (pn)

Brisanter

Statt der Überleitung ins Kaunertal soll das Öztaler Wasser für den Ausbau des Kraftwerks Tumpen-Habichen verwendet werden.

Von Peter Nindler

Umhausen, Oetz – Bereits im August 2023 sickerten erstmals Pläne durch, dass die Öztaler Wasserkraft GmbH den Einbau einer vierten Turbine bei dem gerade erst 2022 eröffneten Kraftwerk Tumpen-Habichen an der Öztaler Ache plant. Jetzt ist es offiziell. Im Dezember wurde für dieses Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt.

Der Umhausener Bürgermeister Jakob Wolf (VP) bestätigt gegenüber der *TT* die Erweiterungspläne. Hintergrund ist der Verzicht der Tiwag auf die Wasserableitungen aus dem Öztal für den Ausbau des Kaunertal-Kraftwerks. „Wir möchten jetzt die Möglichkeit nutzen, um das Öztaler Wasser bei uns im Tal zu verarbeiten“, fügt Wolf hinzu.

Deshalb soll durch die vierte Turbine das Stauziel an der Wasserfassung Tumpen um 30 Zentime-

ter angehoben werden. Derzeit werden 13,8 Megawatt elektrischer Leistung im Hauptkraftwerk erzeugt. Zukünftig, so heißt es in dem Antrag an die Abteilung Umweltschutz im Amt der Tiroler Landesregierung, sollen eine elektrische Leistung von maximal 21,84 Megawatt erreicht und zusätzlich 16,86 Gigawattstunden elektrische Energie produziert werden.

Wegen der Vorgeschichte des 52-Millionen-Projekts mit jahrzehntelangen Rechtsstreitigkeiten bei den Verwaltungsgerichten und Protesten von Umweltorganisationen dürfte die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) jedenfalls Sprengkraft haben. Die Bauphase wird übrigens drei bis vier Monate während der Niedrigwasserzeit von Oktober bis April betragen.

Warum dürfte das Verfahren so brisant werden? Offensichtlich sei bereits bei der Erstabwilligung 2015 allen Beteiligten klar

Clubbing ersetzt die Jungbürgerfeier

Innsbruck – Die JungbürgerInnenfeier in Innsbruck erlebte am Freitag nach einer längeren Pause ihre Neuauflage: Zum „Future Generation’s Clubbing“ waren alle 18- und 19-jährigen Bürgerinnen und Bürger der Stadt eingeladen und

unter anderem von BM Johannes Anzengruber begrüßt. Mehr als 450 hatten sich angemeldet, jeder und jede konnte außerdem eine Begleitperson mitbringen. Die Party in der „Music Hall“ startete mit einem gemeinsamen Essen. Zu

gewinnen gab es für die JungbürgerInnen dann auch noch etwas: Verlost wurden unter anderem Festival-Tickets und Führerschein-Gutscheine. Getanzt wurde natürlich auch. Mehrere DJs sorgten für die perfekten „Clubbing-Beats“. (TT)



Mehrere hundert Jugendliche kamen zum Clubbing. Foto: IKM/Bär

Innsbruck stark

4.746 Kinder in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, 164 Innsbrucker Kinder stehen auf der Warteliste.

VON LUCIA KÖNIGER

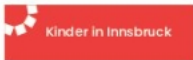
Eine Anfragebeantwortung der Stadt Innsbruck ergibt, dass in Innsbruck derzeit 4.746 Kinder in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen betreut werden. 2.426 Kinder sind in städtischen Einrichtungen und 2.320 Kinder in privaten Betreuungseinrichtungen untergebracht. Die städtischen und privaten Einrichtungen bestehen aus Kindergärten, Kinderkrippen, Schülerhorten, Kindergruppen, Spielgruppen und Tageseltern.

Starke Auslastung in IBK

Auf die Anfrage, wie stark die Auslastung bzw. wie das Angebot

der Kinderbetreuung angenommen wird, antwortete die Stadt klar und deutlich:

„Die Betreuungseinrichtungen in Innsbruck sind aktuell stark ausgelastet, was die hohe Nachfrage widerspiegelt.“ Es gibt sogar eine Warteliste mit 164 Kindern. Wie die Stadt erläutert, ist mindestens ein Elternteil dieser Kinder nicht berufstätig. Die Reihung der Kinder würde nach den



Kriterien des Landes Tirol gemäß dem Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz erfolgen. Im Vergleich dazu befanden sich vor einem Jahr rund 300 Kinder auf der Warteliste. Ablehnungen würden in dieser Form nicht stattfinden, da Kinder nachrücken können, wenn ein Platz frei wird. Derzeit wird die Warteliste administrativ

mittels einer Kinderbetreuungssoftware und einer Excel-Liste geführt, wie die Stadt in ihrer Anfragebeantwortung schreibt. Die Betreuung und Verwaltung erfolge durch die Bildungsservicestelle Innsbruck.

2024 Anfragebeantwortung

2024 nahm sich auch die Liste Fritz dem Thema der Kinderbetreuung an. Auslöser war unter anderem der Landesrechnungshofbericht zur vorschulischen Kinderbetreuung in Tirol in dem der Landeshauptstadt Innsbruck ein Rückschritt attestiert wird. So stellte die Liste Fritz damals eine Anfrage an den Gemeinderat. Dabei stellte sich heraus, dass die Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren in der Landeshauptstadt von 32,3% auf 31,3% gesunken ist. Damit rückte die Empfehlung der EU-Kommission mit einer Betreuungsquote von 50% bis 2030 in weite Ferne.

ausgelastet



Gibt es genug Betreuungspersonal in Innsbruck?

Foto: Pixabay

Pensionierungswelle?

2023 berichtete der ORF ebenfalls, dass in Innsbruck das Personal für Kinderbetreuung fehlen würde. Über 200 Kindergartenplätze konnten damals nicht angeboten werden. Qualifiziertes Personal fehlt, sodass Kapazitäten nicht voll ausgeschöpft werden konnten. Laut der aktuellen Anfragebeantwortung der



Betreuung der Kleinsten ist ein heikles Thema.

Foto: Pixabay (Symbolbild)

Stadt Innsbruck sind in den städtischen Kindergärten und Schülerhorten 420 Mitarbeitende beschäftigt. Die Altersstruktur der Mitarbeitenden zeigt ein recht ausgeglichenes Bild. Im Segment der bis 30-jährigen gibt es hohe Zahlen. Die meisten Betreuerinnen und -betreuer sind Mitte bis Ende 20. Aber es gibt auch viele Betreuerinnen ab 55 Jahren.

Wie viel Platz haben die Parteien im Rathaus?

Die Gemeinderatswahl hat einige Veränderungen mit sich gebracht. Zwar sind es immer noch 40 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie sieben Mitglieder im Stadtsenat. Aber die Anzahl an Parteien hat sich von zehn (GR Wahl 2018) auf sieben aufgrund der 4-Prozent-Hürde verringert. Nach der Gemeinderatswahl im Jahr 2024 wurden durch den neu gewählten Bgm. Johannes Anzengruber die Räumlichkeiten für die jeweiligen Parteien, die ressortführenden Stadträte und Bgm.-Stellvertreter sowie die politischen Mitarbeiter neu vergeben. Den sieben im Gemeinderat vertretenen Parteien stehen 13 Zimmer mit insgesamt rund 320 m² zur Verfügung. Die Grünen haben mit drei Räumlichkeiten den höchsten Quadratmeteranteil, die Liste Fritz und Ali teilen sich einen Raum mit 22,9 m². In der Anfrage im Gemeinderat wollte StR Markus



13 Büros stehen den vertretenen Parteien zur Verfügung. Foto: Weindenzik

Lassenberger auch die Bürogröße der Regierungsmitglieder der Stadtregierung wissen.

Regierungsbüros

Bürgermeister Johannes Anzengruber hat mit 45,9 m² das größte Büro. Ihm folgt StR Mariella Lutz mit 41,3 m². Das Büro von Vizebgm. Eli Mayr hat 37,9 m² und Vizebgm. Georg Willi kommt auf 31,1 m². Das kleinste Büro der Regierungsmitglieder hat StR Jantine Bex mit 28,9 m².

Landtag: Liste Fritz beantragt Nordumfahrung Sillian

Markus Sint verweist auf hohe Investitionen im Außerfern, im Zillertal und im Tiroler Unterland.

Politik

Gerhard Pirkner 14.03.2025

„In Südtirol wird das Tourismus-Angebot ständig ausgebaut, mehr Gästebetten und mehr Lifte bedeuten mehr Verkehr. Damit steigt aber die Belastung der Bevölkerung auf Osttiroler Seite enorm. Es ist höchst an der Zeit, dass die Landesregierung jetzt handelt“, begründet Klubobmann Markus Sint einen Antrag der Liste Fritz im März-Landtag, der die Planung, Finanzierung und Umsetzung einer Nordumfahrung in Sillian einfordert.

„Die [Dosierampeln](#) waren ein Versuch seitens des Landes und haben nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Jetzt ist die Zeit des Ausprobierens vorbei und die schwarz-rote Landesregierung aufgefordert, vom Probieren ins Planen und Umsetzen zu kommen. Dafür sind die finanziellen Mittel bereitzustellen. An den Kosten darf die Nordumfahrung nicht scheitern. Im Außerfern, im Zillertal und im Nordtiroler Unterland werden Millionen Steuergeld für neue Straßen, Tunnel und Umfahrungen ausgegeben, dann darf die Mattle-Regierung in Osttirol aber auch der Umfahrung Sillian kein Preisschild als Abschreckung umhängen. Das ist nicht fair“, argumentiert Sint.

Qual der Wahl – so viele Listen wie nie zuvor wollen es schaffen

Die „Tiroler Krone“ blätterte durch und zählte 14 antretende Listen.

Kann der Wirtschaftsbund seine Vormachtstellung weiterhin halten?

Noch sind im Wirtschaftsparlament der Tiroler Wirtschaftskammer folgende Wählergruppen vertreten: Wirtschaftsbund Tirol, Grüne Wirtschaft, Freiheitliche Wirtschaft, Fachliste der Tiroler Industrie, Tiroler Wirtschaft im Bereich der Banken und Versicherungen und UNOS. Stärkste Kraft ist der Wirtschaftsbund mit WK-Präsidentin Barbara Thaler. Unter

ihrem Vorgänger Christoph Walser erzielte dieser 79,81 Prozent. Der Wirtschaftsbund ist auch die einzige

Liste, die in allen 71 Fachgruppen antritt. Rund 80 Prozent der Funktionen sind fest in den Händen der

ÖVP. Indes steht die FPÖ-nahe Freiheitliche Wirtschaft in 56 Fachgruppen auf dem Wahlzettel zur Aus-

wahl. Ebenfalls dem Wirtschaftsverband einige Prozente abluchsen möchte die Grüne Wirtschaft.

Die Liste Fritz möchte es zum ersten Mal wissen

Spannend wird sein, wie die Liste Fritz – bekannt aus dem Tiroler Landtag – abschneiden wird. Sie tritt heuer erstmals in ihrer Parteilinie unter dem Namen „Liste Fritz. Für buntes

Wirtschaften“ in zehn Fachgruppen an. „Statt am Rand zu stehen und zu jammern, wollen wir Verantwortung übernehmen“, sagen sie. Die UNOS, ein Ableger der pinken Neos, treten hierzulande mit gleich 61 Kandidaten in 21 Fachgruppen an.

Insgesamt stehen Mittwoch und Donnerstag 14 Listen zur Wahl – so viele wie nie zuvor. Neben den bisher genannten sind es:

- SWV – Wirtschaftsverband Tirol
 - WIAR – Wirtschafts- und Arbeitsförderungsverein
 - Starke Hände – Starke Stimme
 - Team Energetiker Tirol
 - Tiroler Markt-, Straßen- und Wanderhandel
 - M³ – Mobil. Modern. Menschlich.
 - Liste Hasan Duran
- Die Positionen der einzelnen Listen vorzustellen,

würde den Rahmen sprengen. Unisono geht es ihnen allen vor allem darum, „die Allmacht des Wirtschaftsbundes zu stoppen“. Wie auch immer die Wahl ausgehen wird: Für die Wirtschaft sind es nach der Corona-Pandemie, dem anhaltenden Krieg in der Ukraine sowie dem nunmehr begonnenen Handelskrieg durch US-Präsident Donald Trump düstere Zeiten. M. Schwaiger

Mehr Angebote in Sonderschulen

Das Land Tirol will an den Bund herantreten. Für die Grünen zu wenig.

Wie steht es um die Sexualerziehung an Sonderschulen in Tirol? Die Grünen fordern mittels Antrag im Landtag eine Stelle für sexuelle Bildung. Insbesondere für den Schutz vor Missbrauch (siehe Artikel links). Um die Situation in Tirol bestmöglich einschätzen zu können, wurde auch ein Bericht vom Dachverband der Organisationen für Menschen mit Behinderungen (argesodit) eingeholt. Darin liest man, dass die Sexualerziehung in Sonderschulen bereits –



Wir fordern eine gezielte Stärkung der sexuellen Bildung an Sonderschulen, um Selbstbestimmung, Schutz vor Übergriffen und ein gesundes Verständnis von Sexualität zu ermöglichen.

LA Zeliha Arslan
(Grüne)



Foto: Chris of Birbaumer

wie im Lehrplan verankert – erfolgt. In der fachlichen Einschätzung des slw Schulvereins, Schulerhalter der Schule des Elisabethinums in Axams (Sonderschule) und der Fröhlich-Schule in Fügen (Sondererziehungsschule) heißt es: „Die speziellen Settings an Sonderschulen begünstigen die differenzierte Umsetzung, bei der unterschiedliche Entwicklungsebenen und Bedürfnisse gut berücksichtigt und aktuelle Themen der Schülerinnen und Schüler aufgegriffen werden.“ Die einen sehen die Sexualerziehung also gut aufgestellt – die anderen orten Nachholbedarf.

Selbstbestimmung und Schutz vor Übergriffen

Im Land wurde der Grünen-Antrag gegen die Stimmen der Liste Fritz, der Grünen und der Neos abgeändert. Das Land solle

im abgeänderten Antrag an den Bund herantreten mit dem Anliegen, ein Augenmerk auf die Sexualerziehung in Sonderschulen zu legen. Den Grünen ist das zu wenig: „Unser Ziel ist es, für Lehrkräfte und Fachpersonal Angebote zu schaffen, aber besonders für die Schülerinnen und Schüler. Nur so können wir sicherstellen, dass alle jungen Menschen über ihre Rechte, ihren Körper und Themen wie Beziehungen, Einvernehmlichkeit und sexuelle Selbstbestimmung gut informiert sind. Wir fordern daher eine gezielte Stärkung der sexuellen Bildung an Sonderschulen, um jungen Menschen Selbstbestimmung, Schutz vor Übergriffen und ein gesundes Verständnis von Sexualität und dem eigenen Körper zu ermöglichen“, betont dazu LA Zeliha Arslan (Grüne). nais

Klarer VP-Sieg

Das Ergebnis der Wirtschaftskammerwahl bringt in Tirol keine großen Überraschungen.

Der Wirtschaftsbund bleibt klar vorne, die FPÖ holte Rang zwei. Die Wahlbeteiligung sank.

Die Wirtschaftskammerwahl ist geschlagen. „Wahlkampf ist für uns Unternehmer im Grunde nichts Fremdes. Es liegt uns im Blut, weil wir mit unseren Produkten und unseren Dienstleistungen ja jeden Tag im Wettbewerb stehen“, führte Barbara Thaler, Präsidentin der Wirtschaftskammer Tirol, aus. Wenig überraschend ging der Wirtschaftsbund der VP als Sieger der Tiroler Wirtschaftskammerwahl hervor – trotz Verlusten. Da konnte auch der Listenrekord von 14 Listen nichts daran ändern. Zwar weniger als bei der letzten Wahl von vor fünf Jahren – 2020 waren es noch 79,81 Prozent – doch immerhin noch 69,7 Prozent konnte die von Barbara Thaler geführte Fraktion erreichen.

Der zweite Platz ging dieses Mal an die Freiheitliche Wirtschaft mit 14,8 Prozent. Rang drei konnte die Grüne Wirtschaft mit 6,4 Prozent erreichen. Die Wahlbeteiligung sank. Waren es 2020 noch immerhin 39,51 Prozent, gingen heuer nur noch 37,4 Prozent zur Wahlurne – das entspricht einem Minus von 1,9 Prozent.

„Wirtschaftlich schwere Zeiten in Europa“

Insgesamt konnten sich in Tirol 52.161 Unternehmen an der Wahl beteiligen, 59.690 Mitglieder zählt die Kammer. Noch mehr sind es bei den Sparten, die insgesamt 63.245 aktive Mitglieder zählen. Die drei stärksten Sparten sind Gewerbe und Handwerk (38,2%), Handel (21,6%)

trotz starker Verluste

sowie der Tourismus mit 16,8 Prozent Anteil.

Neu bei der Wahl dabei war dieses Jahr die im Landtag vertretene Liste Fritz. Die Liste ist nun in vier Fachgruppen mit insgesamt fünf Mandaten vertreten. Ihr Ziel war es, die „übermächtige ÖVP-Wirtschaftsbund-Macht“ zu verkleinern. Mit diesem

Wunsch stand die Liste nicht allein da. Doch alle Fachgruppen deckte nach wie vor nur der schwarze Wirtschaftsbund ab. Den neu gewählten Funktionärinnen und Funktionären gratulierten auch Landeshauptmann Anton Mattl und Wirtschaftslandesrat Mario Gerber. „Die Tiroler Wirtschaft hat gewählt und

wir gratulieren allen, die Verantwortung für ihre Branche übernehmen. Europa befindet sich aktuell in einer wirtschaftlich herausfordernden Situation. Umso wichtiger ist es, dass sich Tirol auf seine wirtschaftlichen Stärken konzentriert und Chancen nützt“, erklären die Politiker unisono. Nadine Isser

”



Foto: Christof Birbaumer

Wir sind sehr zufrieden, es ist ein historisches Wahlergebnis für uns, das wir dank eines starken Teams erreichen konnten.

Evelyn Achthorner (Freiheitliche Wirtschaft)



Foto: Christof Birbaumer

Das oberste Wahlziel war, den Betrieben Raum zu verschaffen, den sie für die Arbeit brauchen. Denn Spielraum ist nötig.

Barbara Thaler (Präsidentin der WK Tirol)



Foto: Christof Birbaumer

Das Ergebnis ist nicht erfreulich, aber man kann es aushalten. Und zur Wahlbeteiligung: In Tirol geht es eh noch halbwegs.

Michael Carli (Grüne Wirtschaft)

Ruf nach Konsequenzen in Schwarzbau-Causa Natters

In der Causa um mehr als 20 Schwarzbauten am Natterer-See-Camping fordert Liste Fritz Konsequenzen und kein Weißwaschen im Nachhinein.

Von Max Strozzl

Natters – Nachdem der Campingplatz Natterer See wegen zahlreicher Schwarzbauten einen Teil seines Campingplatzes sperren muss, bleibt die Frage, wie es nun dort weitergeht. „Bei so einem massiven Schwarzbau kann es nicht einfach eine Sanierung im Nachhinein geben“, sagt Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint.

Wie berichtet, haben erst die BH und dann auch das Landesverwaltungsgericht – nicht rechtskräftig – den Fortbetrieb eines Teilbereichs des mehrfach preisgekrönten Fünfsterne-Campingplatzes in Natters untersagt, weil in dem betroffenen Areal 21 Lodges (sowie weitere Unterkünfte in Ufernähe) auf Freiland stehen.

Die Unterkünfte wurden bereits 2016/2017 errichtet und seither auch vermietet. Eine nötige Umwidmung in Sonderfläche Campingplatz für den betroffenen Bereich war zwar seitens der Gemeinde einst angedacht, wurde aber bis heute nicht umgesetzt. Und auch eine Ende Jänner, nach dem Schließungs-Bescheid der BH, ergangene Ausnahme-Verordnung der Gemeinde Natters, um den Weiterbetrieb der betroffenen Lodges bis zur Umwidmung zu ermöglichen, hat das Gericht kassiert.

„Sollten diese Schwarzbauten jetzt im Nachhinein mit einer Umwidmung von Freiland in Sonderfläche Campingplatz



BH und Gericht sperrten mehr als 20 Lodges des Natterer-See-Campings, weil sie auf Freiland stehen. FOTO: ANDRÁS

und mit einer Baubewilligung saniert werden, dann ist das ungerecht und unfair gegenüber allen anderen Campingplatzbetreibern“, kritisiert Sint. Die Gemeinde habe das Schwarzbau-Problem im letzten Abdruck mit einer Umgehung reparieren wollen, so Sint. Das aber sei vom Gericht gestoppt worden.

Campingplatzbetreiber Georg Giner, Obmann der Fachgruppe Freizeit- und Sportbetriebe in der Tiroler Wirtschaftskammer, Obmannstellvertreter im Tourismusverband Innsbruck/Feriendörfer sowie ÖVP-Wirtschaftsbund-Funktionär, will

die Gerichtsentscheidung in außerordentlicher Revision vor dem Höchstgericht bekämpfen. Ein Thema in der Causa ist nicht nur die fehlende Widmung. Giner und der Natterer BM Marco Müsl sprechen davon, dass es sich bei den 21 Lodges um so genannte Mobilheime (Mobile Homes) und keine Bauwerke handle.

Dieser Ansicht stehen die Ausführungen des Gerichts entgegen, wonach es sich um fest installierte Unterkünfte mit Warmwasser-, Abwasser-, Strom- und Gasanschluss handelt, deren Holzplattformen mittels Pfählen fix im Boden verankert sind. „Das sind

keine Mobile Homes, sondern im Boden verankerte Bauwerke, also massive Schwarzbauten.“ Für solche Bauten wäre zudem eine Baubewilligung erforderlich.

Bliebe dieser Fall ohne Konsequenzen, „dann gibt es in Tirol Gleiche und Gleichere“, so Sint. Dass die Causa nun überhaupt aufkam, sei Folge der Reform des Campinggesetzes auf Druck der Liste Fritz, betont der Klubchef. „Erst durch die gesetzliche Aufforderung für alle Campingplatzbetreiber, dem Land Tirol Pläne der Campingplätze sowie Änderungen mitzuteilen, ist dieser gravierende Fall aufgefallen.“

Schwarzbau-Causa weitet sich aus

In der Affäre um die mehr als 20 Schwarzbauten am Fünfsterne-Camping in Natters gerät nun auch der Natterer Bürgermeister zunehmend unter Druck.

Von Max Strozzl

Natters – Die Schwarzbau-Affäre um das Fünfsterne-See-Camping am Natterer See birgt zunehmend auch politischen Zündstoff. Wie berichtet, hat die Bezirkshauptmannschaft im Oktober 2024 die Nutzung von mehr als 20 Lodges untersagt, weil sie – seit vielen Jahren – auf Freiland stehen und auch betrieben wurden. Das Landesverwaltungsgericht hat das Nutzungsverbot vergangenen Februar bestätigt.

Abgesehen von der fehlenden Widmung stehen Camping-Geschäftsführer Georg Giner – er ist auch Fachgruppenobmann in der Wirtschaftskammer sowie TVB-Vize – wie auch der Natterer BM Marco Mösl auf dem Standpunkt, dass es sich bei den betroffenen Unterkünften nicht um Bauwerke, sondern um Mobilheime handelt, die keiner Baubewilligung bedürfen.

Baubewilligung fehlt

Dem stehen die Ausführungen des Gerichts entgegen, das von fest installierten Unterkünften spricht. Und auch das Land geht offenbar davon aus, dass eine Baubewilligung nötig wäre. Gegenüber der *TT* erklärte das Land jedenfalls, dass die BH im Zuge des Verfahrens nach Durchsicht der von der Gemeinde vorgelegten Unterlagen festgestellt habe, „dass keine Baubewilligung vorhanden war, weshalb



Das Natterer-See-Camping wird bald den Landtag beschäftigen. Foto: Max Fink

die Behörde mit Bescheid die Nutzung der Lodges untersagte“. Der Bescheid sei vergangenen Oktober auch der Gemeinde zugestellt worden.

„Die Gemeinde wurde also bereits vor Monaten über die Schwarzbauten und die Nutzungsuntersagung in Kenntnis gesetzt“, sagt Listefritz-Klubchef Markus Sint: „Mir stellt sich die Frage, was Bürgermeister Mösl seit Oktober gegen die Schwarzbauten unternommen hat, um den rechtmäßigen Zustand herzustellen.“

Die Gemeinde erließ Ende Jänner 2025 eine Verordnung, wonach befristet für ein Jahr auf der betroffenen Fläche campiert werden dürfe. Das

Gericht kassierte allerdings diese Verordnung wieder ein, sie greift daher nicht. Die *TT* hat BM Mösl gestern mehrere Fragen übermittelt, die Antworten standen noch aus.

Die Causa sei „ein unglaublicher Fall von Schwarzbauten, umgehen, zudecken, und hintennach klammheimlich sanieren wollen“, kritisiert Sint. Er bringe die Sache nun in den Tiroler Landtag.

Die betroffenen Lodges wurden gestern auf der Camping-Homepage immer noch beworben. Detail am Rande: Für 13 der betroffenen 21 Lodges fehlt laut Angaben des Landes außerdem auch noch die naturschutzrechtliche Bewilligung.

Wieder Streit um Zillertalbahn

Prüfbericht des Bundes bleibt unter Verschluss, jetzt wird Rechnungshofprüfung gefordert.

Innsbruck – Nach den Turbulenzen um den vor zwei Jahren wegen eines Plagiatsskandals sowie eines falschen Dokortitels entlassenen Vorstand der Zillertalbahn drängten die Oppositionsparteien FPÖ, Liste Fritz, Grüne und NEOS auf eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof. Schließlich wurde auch die Umrüstung des Dieselantriebs auf Wasserstoff aus finanziellen Gründen gestoppt.

Es sollte allerdings noch ein Prüfbericht zur Mittelverwendungskontrolle der Zillertalbahn durch die Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH (SCHIG) abgewartet werden. 2023 hat der Bund rund 1,4 Millionen Euro für die Zillertalbahn aufgewendet, insgesamt fließen rund neun Millionen Euro von Land bzw. Bund u. a. für den Vertrieb, das Personal und die Erhaltung der Fahrzeuge.

Der Bericht liegt vor, doch die Abgeordneten dürfen ihn nicht einsehen. Und das sorgt jetzt für heftige Kritik. Begründung: Die Zillertaler Verkehrsbetriebe AG unterliegt nicht dem Fragerecht des Landtags, ein Verlangen geht über die verfassungsrechtlich vorgesehenen Kontrollrechte hinaus. Die Bahn ist kein Landesunternehmen, sie gehört zu 60,8 Prozent Tiroler Gemeinden und zu 4,7 Prozent der Republik Österreich, der

Rest befindet sich im weiteren Streubesitz.

Der Landesregierung ist diese Situation mehr als unangenehm, deshalb können die Klubchefs der im Landtag vertretenen Parteien bei der Zillertalbahn Einsicht in den Prüfbericht nehmen. Die Klubobleute von Liste Fritz und Grünen, Markus Sint und Gebi Mair, sind jedoch empört. „So geht das nicht. Kein Cent mehr ohne Kontrolle“, kündigt Sint an. Für Mair gibt

es jetzt keinen Grund mehr, eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof zu verhindern.

Was die Umrüstung betrifft, so soll in den nächsten Wochen das technische Gutachten für die Oberleitungsabschnitte im Zusammenhang mit dem forcierten Akku-Hybrid-Antrieb vorliegen. Die Expertise ist die Grundlage für die Ausschreibung der neuen Zuggarnituren. (pn)

[Mehr auf den Seiten 2, 4](#)

Eingefrorene Russen-Villen in Kitzbühel wieder frei

Staat muss eingefrorene Russen-Anwesen in Kitzbühel freigeben. Nur sechs Immobilien in Österreich sind eingefroren – keine davon in Tirol.

Von Max Strozi

Kitzbühel – Im Zusammenhang mit verstecktem Vermögen sanktionierter Russen gerieten vor einem Jahr auch mehrere Immobiliendeals in Kitzbühel in den Fokus. Die gebürtige Russin Svetlana E., die auch einen zyprischen Reisepass besitzt, hatte zwischen 2017 und 2021 in der Gamsstadt gleich drei Grundstücke mit insgesamt vier Villen erworben, wie Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint damals herausfand. In Summe legte die zyprische Russin rund 26 Mio. Euro für die Immo-Deals auf den Tisch. Ein Recherchenetzwerk fand später heraus, dass die mysteriöse Frau die Partnerin des sanktionierten

„Grundbücherliche Eintragungen müssen gelöscht werden, weil die Person selbst nicht sanktioniert ist.“

Innenministerium

russischen Öl-Managers Eduard Chudainatow sein soll, der die Villenkäufe auch finanziert haben soll. Chudainatow wiederum gelte als „Geldbörse“ und Scheineigentümer einer Luxusyacht des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Vermerk gelöscht

Der Tiroler Oppositionspolitiker Sint meldete daraufhin die Villen-Käufe der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst im Innenministerium. Kurz darauf wurden die Luxus-Anwesen eingefroren, konkret wurde dabei im Sommer 2024 im Grundbuch ein Sanktionsvermerk eingetragen. Svetlana E. legte daraufhin dagegen Einspruch ein.

Augenscheinlich mit Erfolg. Österreich muss diese drei eingefrorenen Grundstücke mit



Eine von mehreren Villen in Kitzbühel, die der Staat eingefroren hatte. Foto: TF

insgesamt vier Villen offenbar wieder freigeben. Auf IT-Anfrage erklärt das Innenministerium: „Mit Entscheidung des Landesgerichts Innsbruck vom 30. Jänner 2025 wurde dem Rekurs einer betroffenen Person Folge gegeben und deren drei grundbücherliche Eintragungen ihrer Grundstücke mussten wieder gelöscht werden, weil diese Person selbst nicht sanktioniert ist.“ In diesem Kontext müsse „auf eine OGH-Entscheidung hingewiesen werden, die ausführt, dass die bloße Darlegung einer beispielsweise familiären Verbindung zwischen einer sanktionierten Person und einer Person im Grundbuch für einen Sanktionsvermerk im Grundbuch nicht ausreicht.“

„Das ist ja unglaublich“, ist Liste-Fritz-Klubchef Sint, der die Causa vor einem Jahr



Foto: TF

„Dieser Fall zeigt, was für eine Farce die österreichische Umsetzung der EU-Sanktionsregelung ist.“

Markus Sint
(Liste Fritz)

ins Rollen brachte, empört. „Dieser Fall zeigt, was für eine Farce die österreichische Umsetzung der EU-Sanktionsregelung ist“, kritisiert Sint. „Kein sanktionierter Russe, der nicht höchstpersönlich im Grundbuch steht oder zum Staat Österreich kommt, sich als sanktioniert deklariert und alle seine Immobilien offenlegt, wird so belangt werden.“ Es genüge wie im Fall Kitzbühel offenbar lediglich, Strobleute als offizielle Käufer einzusetzen, damit man davonkommt.

„Wenn Österreich bei einem so klaren Fall wie bei diesem faulen Immo-Deal abblitzt, ist es kein Wunder, dass die Bilanz der eingefrorenen russischen Immobilien so miserabel ausfällt“, beklagt Sint. Schlechte Figur mache auch die Tiroler Landesregierung. Sie habe die Russen-Villen nie an den Staatsschutz gemeldet.

Auch „Putin-Villa“ frei

Aktuell sind laut Innenministerium sechs Grundstücke in Österreich eingefroren, wobei sich davon keines in Tirol befindet. Auch die so genannte „Putin“-Villa in Kitzbühel, die dem sanktionierten russischen Oligarchen und Putin-Freund Arkadi Rotenberg zugerechnet wird, ist nicht eingefroren.

Die Sanktions-Verordnung der EU von 2014 besagt unter anderem, dass nicht nur Vermögen, das direkt im Eigentum der sanktionierten Personen stehe, eingefroren werden müsse. Sondern auch Vermögen von jenen, die mit den Sanktionierten in Verbindung stehen. Svetlana E., die Mutter zweier Kinder des sanktionierten Chudainatow sein soll, hatte im Vorjahr über ihren Anwalt bestritten, Lebensgefährtin des Oligarchen zu sein oder mit ihm in Verbindung zu stehen.

Fakten zur Wahl

69 Mandate für den Wirtschaftsband: In den 65 verschiedenen Fachgruppen wurden 1963 Kandidatinnen aus 15 verschiedenen Wählergruppen zur Wahl angetreten. 928 Mandate wurden vergeben. Der ÖVP-Wirtschaftsband erzielte 699 Mandate, die Freiheitliche Wirtschaft 130 Mandate, die Grüne Wirtschaft 48 Mandate, die Fachliste der Tiroler Industrie 40 Mandate, die UNOS (NEOS) 21



Evelyn Achtmann konnte mit ihrem FPÖ-Team 130 Mandate in den einzelnen Fachgruppen erobern. Foto: Axel Langner

Mandate, die Liste Tiroler Wirtschaft elf Mandate, der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband 10 Mandate und die Liste Fritz Kirf Mandate. Die realistischen Stimm- und Forderungen stießen auf sonstige Namens- und Faktionen.

Liste Fritz schafft Einzug

Erstmals hat die Liste Fritz bei den Kammerwahlen kandidiert. Parteichefin Andrea Haselwarter Scheiner ist zu Hause: In vier Fachgruppen sind wir nun mit insgesamt fünf Mandaten vertreten. Zusätzlich zu unseren Landtagsparlamentarierinnen werden wir uns jetzt auch in der Wirtschaftskammer ganz besonders für die Einzel- und Kleinbetriebe einsetzen und ihnen eine Stimme und Anlaufstelle geben.

NEOS zufrieden: „Wir haben unser Ziel erreicht und sind – so wie NEOS bei allen vergangenen Wahlen auf Landes- und Bundesebene – „weiterbewachsen“, freut sich auch UNOS-Tirol-Landespräsidentin und Spitzenkandidatin Shail Kuen.

Klar gewonnen, viel verloren

Bauern-, Arbeiter- und Wirtschaftskammer bleiben in Tirol Domäne der ÖVP. Der Wirtschaftsband erreichte 69,7 Prozent. Die Freiheitlichen legten stark zu und fordern Öffnung der Kammer.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Im ÖVP-interne Rennen ist Wirtschaftsbandobfrau und Kammerpräsidentin Barbara Thaler jetzt wieder hinter den ÖVP-Bauernband zurückgefallen. Der erzielte bei den letzten Landwirtschaftskammerwahlen 74,2 Prozent. Trotzdem: Mit 69,7 Prozent hängen die schwarzen Wirtschaftsvertreter die ÖVP-Arbeitnehmer von Erwin Zangerl in der Arbeiterkammer (59,2 Prozent) klar ab. Die Interessenvertretungen in Tirol bleiben jedenfalls weiterhin eine schwarze Domäne.

Wie in den anderen Bundesländern musste der Wirtschaftsband aber Federn lassen. Jedoch auf höherem Niveau. Den Rückgang im Vergleich zu 2020 führt Thaler auf die herausfordernden Rahmenbedingungen und die Unsicherheit durch die bundespolitische Entwicklung zurück. „Solche Faktoren beeinflussen jede Wahl. Zudem war lange unklar, wie überzeugend das Koalitionsprogramm der Koalition in Wien ausfallen wird. Gleichzeitige stellten sich in Tirol so viele Wählergruppen zur Wahl wie noch nie zuvor.“



Die Gaarden im Wirtschaftsband und in der ÖVP feierten sich mit Barbara Thaler, Anton Rieder, Ulr Anton Mattle sowie Wirtschafts- und Tourismuslandrat Marie Gerber (v.l.) applaudierender bei der Ergebnis-Präsentation. Foto: Axel Langner

Die Stellvertreterin von ÖVP-Parteibüro und Landesobfrau Anton Mattle hat mit dem Ergebnis von mehr als zwei Dritteln alle Stimmen bei der Kammer

wahl ihre Position innerhalb der ÖVP gefestigt. „Darum ist es bei der Kammerwahl aber nicht gegangen“, weil sich Thaler auf solche Diskussionen gar nicht einlassen.

Der Aufwärtstrend der Freiheitlichen setzte sich erwartungsgemäß fort. Mit der Landtagsabgeordneten Evelyn Achtmann präsentierten die Freiheitlichen ein neues Gesicht, am Ende erreichte sie 14,8 Prozent. Parteibüro Markus Abergweiger münzte den Erfolg seiner Spitzenkandidatin gegen eine krachende Niederlage von Mattle und der Tiroler Volkspartei um. „Die ÖVP darf die Wirtschaftskammer nicht mehr als ihre Erbpacht betrachten.“

NEOS hinter den Grünen

Die neue Regierung- und erkrankte Wirtschaftspartei NEOS (4,1 Prozent) blieb hinter den Erwartungen und mit leichten Zugewinnen sogar hinter

le in der Tiroler Wirtschaftskammer und kommt seit Jahren nicht wirklich vom Fleck.

Die erstmals angetretene Liste Fritz schaffte hingegen auf Anhieb fünf Mandate und 1,2 Prozent. Obwohl beider mehr Wirtschaftstreiber zur Wahl gegangen sind, ist die Wählerbeteiligung wieder gesunken. Nämlich



„Es besteht kein Zweifel, dass der Wirtschaftsband seine tragende Rolle weiter gefestigt hat.“

Barbara Thaler (Wirtschaftskammerpräsidentin)

um 2,1 Prozentpunkte auf 37,4 Prozent.

Im Juni tritt das Wirtschaftsparlament zur Konstituierung zusammen. Dort wird die bisherige Präsidentin Barbara Thaler wiedergewählt.

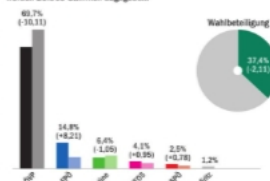


Ein Schnappschuss aus Archib: Franz Kirf hat vor einerhah Jahnem Barthaaler zur Kammerpräsidentin gemacht. Foto: Axel Langner

den Grünen (6,4 Prozent). Die haben einen Prozentpunkt verloren. Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband (2,5 Prozent) spielt nach wie vor eine untergeordnete Rolle.

Wirtschaftskammerwahl

Wahlbeteiligung: 69.522 Personen waren wahlberechtigt, insgesamt wurden 23.969 Stimmen abgegeben.





Der Bau von Windrädern in Tirol ist umstritten. 32 Vorhaben wurden bisher beim Land zur Vorprüfung eingereicht, nur wenige haben eine Chance auf Realisierung. Foto: iStock

FPÖ will Windkraft Wind aus den Segeln nehmen

Die Tiroler Freiheitlichen fordern jetzt einen Grundsatzbeschluss über ein Verbot von Windparks in Tirol: Nächste Woche soll der Landtag Farbe bekennen. In einem Dringlichkeitsantrag fordert die FPÖ, dass sämtliche Planungen und Projekte für die Energiegewinnung aus Windkraft ab einer Seehöhe von 1400 Metern zu stoppen sind. „Die Tiroler Alpen sind ein einzigartiger Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, darunter viele EU-weit geschützte Arten. Der Bau von Windkraftanlagen in diesen sensiblen Gebieten birgt erhebli-



Hörl unterstützt die Rechnungshof-Prüfung. Foto: Böhm

che Risiken für die Biodiversität und die Stabilität der Ökosysteme“, betont FPÖ-Parteiobermann **Markus Abwerzger**. ÖVP und SPÖ dürften den Antrag jedoch ablehnen.

Die erneut aufgeflammete Diskussion über die Prüfung der Zillertalbahn ringt

dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Zillertaler Verkehrsbetriebe **Franz Hörl** nur ein Lächeln ab. „Ich habe mich immer dafür ausgesprochen, der Rechnungshof soll uns prüfen“, erklärt Hörl. Er empfiehlt der schwarz-roten Landeskoalition, den Antrag der Opposition im Landtag zuzustimmen. „Es gibt nichts zu verbergen.“

Bisher wurde der Wunsch von FPÖ, Liste Fritz, Grünen und NEOS ausgesetzt, man wollte den Bericht der Schieneninfrastrukturgesellschaft abwarten. Dieser darf den Abgeordneten aber nicht vorgelegt werden. (pn)

Ärzttemangel in Wörgl verschärft sich

Große Betroffenheit löste in Wörgl die Nachricht vom unerwarteten Ableben des Wörgler praktischen Arztes Dr. Johannes Wimpissinger aus, der am 8. März 2025 im 59. Lebensjahr für immer seine Augen schloss. Er hinterlässt nicht nur im Familien- und Freundeskreis eine große Lücke, sondern auch in der medizinischen Versorgung der Stadt, die seit der Pensionierung eines Hausarztes im Vorjahr ohnehin angespannt ist.

„Drei Hausärzte für fast 15.000 Einwohner sind zu wenig“, teilt die Liste Fritz in einer Presseaussendung mit. Landtagsabgeordnete Gabi Madersbacher: „Nach dem unerwarteten Tod eines Kassenarztes wissen viele Patienten nicht mehr, an wen sie sich wenden sollen. Die Situation in Wörgl ist mittlerweile mehr als besorgniserregend.“ Madersbacher fordert eine schnellstmögliche Nachbesetzung der Kassenstelle und nimmt auch Bürgermeister Riedhart in die Pflicht. Vor allem im Hinblick auf die Tatsache, dass in den nächsten Jahren weitere Kassenärzte ihren wohlverdienten Ruhestand antreten. Madersbacher sieht besonders die Österreichische Gesundheitskasse gefordert: „In der gegenwärtigen Situation hilft es uns nicht, wenn der Landesvorsitzende der ÖGK den betroffenen Patienten ein geplantes Primärversorgungszentrum in Aussicht stellt, das vielleicht in einigen Monaten in Betrieb gehen könnte“, so Madersbacher, die auf eine Anfrage bei der ÖGK im Zusammenhang mit einem Primärversorgungszentrum in Wörgl seit rund 2 Monaten auf eine Antwort wartet. „Mein Vertrauen in die ÖGK in Tirol ist mittlerweile enden wollend.“

Das Problem dulde keinen Aufschub, weshalb die Liste Fritz eine Reform des Kassenarztsystems fordere: „Tirol hat zu wenig Kassenärzte. Das zeigt das Beispiel Wörgl eindrucksvoll. Und die Lage wird sich auch aufgrund anstehender Pensionierungen weiter verschärfen“, ist Liste Fritz Parteichefin und Gesundheitssprecherin Andrea Haselwanter-Schneider wenig optimistisch. „Das Problem ist seit Jahren bekannt, mittlerweile ist es selbst bei Wahlärzten ein Problem, einen Termin zu bekommen. Es wird Zeit, das bisherige System grundlegend zu überdenken und zu hinterfragen. Es braucht endlich eine Neugestaltung. Angesichts des Bevölkerungswachstums ist der Bedarf an Ärzten mit Kassenvertrag stark gestiegen, nicht aber deren Zahl. Und auch das Honorarsystem steht stark in der Kritik. Wenn man als Wahlarzt mehr Freiheiten hat und auch noch mehr verdient, dann ist klar, warum immer weniger einen Kassenvertrag wollen“, so Haselwanter-Schneider.

TERMINE



Lions Club Schneefest am 22. März!
März 12, 2025



Gaststubenbühne Wörgl: Zeit des Abschiedes
März 11, 2025



Stadt Bühne Wörgl: Zwei Bürgermeister für ein Halleluja
März 11, 2025



„stummer schrei on Tour“: Judas in Wörgl
März 7, 2025



Museumshoagascht: Skifahren damals in Wörgl
März 3, 2025

ARCHIV